

# NOBIS

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der  
Sozialistischen  
Alternative  
oran

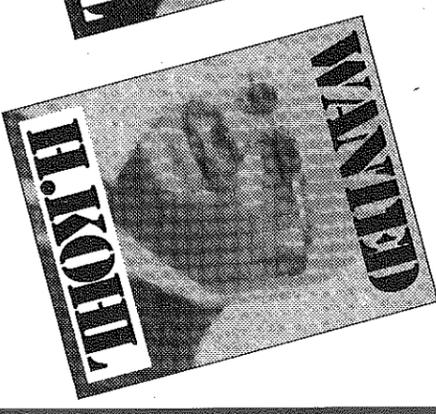
Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

C 10321 E

Nr. 167 Februar 1995

# Stoppt die Diebe aus Bonn



Die Neujahrsgrüße der Regierung kommen ein bißchen verspätet – mit der Januar-Lohn- und Gehaltsrechnung.

**Stuart Garvie, IGM-Betriebsrat, Köln**

Der Januar-Schock wird durch „Solidaritätszuschlag“ und Pflegeversicherung verursacht, aber nicht nur. Ich bin Facharbeiter mit zwei Kindern und verdiene rund 4000 DM brutto im Monat, mit einem Wort: „Durchschnitt“. Zum Glück denn ich zahle nur 15 DM „Solidaritätszuschlag“ – Geld, das wir Siemens, Daimler, Opel usw. geben, um neue Betriebe im Osten zu bauen und niedrigere Löhne zu bezahlen. Mein lediger Kollege zahlte über 50 DM beim gleichen Bruttolohn.

Für mich beträgt die Pflegeversicherung 20 DM, über den Verlust eines Feiertages sagen wir erst einmal gar nichts.

Wer meint, damit alles bezahlt zu haben, hat sich geirrt. Die Kommunen stopfen Fi-

Arbeitnehmer sollen 1995 den Gürtel gleich um drei Löcher enger schnallen: Steuererhöhungen, „maßvolle Tarifabschlüsse“ und Preissteigerung.

nanzlücken wegen steigender Sozialausgaben und dem Vorhaben der Regierung, die Gewerbesteuer zu streichen, indem sie das Geld woanders eintreiben. Die Antwort auf die Frage „Bei wem?“ hat man, wenn man in den Spiegel guckt. In vielen Städten werden die Kosten für Abwasser- und Müllbeseitigung erhöht. In Köln steigen die Ko-

sten der Müllentsorgung um satte 22 Prozent. Dazu kommen Fahrpreiserhöhungen wie bei den Kölner Verkehrs-Betrieben, die ihre Preise wieder einmal zum Jahresbeginn um 10 Prozent erhöht haben. Auch das Autofahren wird teurer, für einen durchschnittlichen Wagen steigt allein die Kfz-Steuer um 50 DM, auch wenn er in der Garage steht.

## Einige verdienen eben besser

Im Geschäftsbericht 1993 der Aachener Bausparkasse AG heißt es: „Die Aufwendungen für Organe betreffen die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates für die Tätigkeit im Geschäftsjahr mit 131 250 DM (...) und die der Mitglieder des Vorstands unter Einschluß der bisher noch nicht vermerkten Bezüge für das Vorjahr mit 992 353,80 DM.“ Klingt harmlos. Doch was bedeutet das? Der Aufsichtsrat der Bausparkasse besteht aus 9 Mitgliedern. Laut Betriebsratsvorsitzenden trifft sich der Aufsichtsrat 2 mal jährlich für 2-5 Stunden. Das

ergibt einen Stundenlohn von 1458,33 DM. Der Vorstand besteht aus drei Personen. Also bekommt jeder im Moment durchschnittlich 27 565,38 DM. Die Aachener Bausparkasse ist mit 1 Prozent Marktanteil am Bauspargeschäft ein eher kleines Unternehmen mit 467 Mitarbeitern. Wenn man sieht, welcher Reichtum hier allein geschafften wird, so kann man nur ahnen, was sich die Reichen in den großen Konzernen in die Tasche stecken.

**Oliver, HBV-Mitglied, Aachen**

# Tarifrunder: Reallöhne erhöhen, Flexibilisierung verhindern!

Die Tarifrunden bieten beste Gelegenheiten, den Januar-Lohn und-Preisschock durch hohe Abschlüsse zu überwinden. Nach 10 Prozent Reallohn-Verlust in den 90er Jahren mußte es jetzt wieder eine echte Erhöhung geben.

**Ursel Beck, IGM-Mitglied, Köln**

Das meint auch die Basis in den Gewerkschaften. Betriebliche Vertrauenskörper stellen viel höhere Forderungen für die diesjährige Tarifrunde auf als

die Empfehlungen der Vorstände und Beschlüsse der Tarifkommissionen. Gerade die unteren Einkommen müssen stärker angehoben werden, weil die geringverdienere nicht mehr wissen, wie sie klar kommen sollen. Die Diskussion unter den Vertrauensleuten in Stuttgart und Mülbacher Betrieben ergab deshalb Festgeldforderungen zwischen 250 und 300 Mark.

Die Aufstellung der Forderungen war wieder mal alles andere als demokratisch. Die Empfehlungen der Vorstände – in denen

meisten Branchen 6 Prozent – sind deutliche Signale nach unten: haltet Maß, mehr ist nicht drin, für mehr sind wir nicht bereit zu kämpfen.

Kaum jemand traut sich danach noch eine Forderung weit über die Empfehlung hinaus in die Diskussion zu bringen. Dabei ist eine Forderung nach 500 Mark im Monat durchaus angebracht, um den Lebensstandard für die Masse der Bevölkerung zu halten und Geringverdienere vor Verarmung zu retten. In Gewerkschaften, in denen

noch keine Forderung aufgestellt ist wie bei der ÖTV, sollten die KollegInnen sich nicht durch die Propaganda von Unternehmen und Regierung und die Maßhalperolen ihrer eigenen Führung einschüchtern lassen.

Und wenn eine Forderung aufgestellt ist, muß sichergestellt werden, daß die ganze gewerkschaftliche Kampfkraft eingesetzt wird, um sie voll durchzusetzen. Die Unternehmer haben gefordert, daß die Arbeiter die vollen Kosten für die Pflegever-

sicherung übernehmen oder durch Streikung eines Feiertages ausgleichen. Sie haben diese Forderung voll durchgesetzt und an keiner Stelle Kompromisse gemacht! Jetzt ist es an der Zeit, daß die Gewerkschaften ihre Forderungen durchsetzen und die Vorschläge der Unternehmer nach weiterer Flexibilisierung und Rationalisierung zurückweisen. Für diese Tarifrunde heißt das:

- \* Volle Durchsetzung der aufgestellten Lohnforderungen.
- \* Keine Lohnabschnitte bei neu einzustellenden
- \* Ablehnung aller von den öffentlichen Arbeitgebern geforderten Verschlechterungen im BAT-Manteltarif (Abschaffung von Tarifen bei ABM, Kürzung von Schichtzulagen für Teilzeitbeschäftigte, ...)

# Nein zum Verkauf städtischer Wohnungen

### Bremerhaven: Widerstand gegen Privatisierung

# Hände weg von unseren Wohnungen!

In Bremerhaven wollen die Fraktionen von CDU und SPD die städtische Wohnungsbau-gesellschaft (Stäwog) verkaufen. Davon wären 6000 Wohnungen mit 15 000 Mietern betroffen. Ihren Versprechungen, daß Mieten und Mieterschutz unter einem privaten Eigentümer nicht an-gestartet werden, glauben die MieterInnen nicht - zurecht!

**Claudia Weigelt, Jusso-Landesvorsitzende Bremerhavens, SAV Bremerhaven**

Schon jetzt ist klar, wer die Stäwog erwirbt, kann über die Vergleichsmiete die Mieten in

Bremerhaven insgesamt hoch-treiben. Das geht alle an! Dar-überhinaus werden Wohnungs-sanierungen, Grünanlagen-entworfungen und und und ... nur noch nach Profitwartungen er-folgen. Wer keine hohe Miete-zahlen kann, hat nichts mehr zu erwarten.

Der Stäwog-Verkauf stopft keine Haushaltslöcher. Die Haushaltskrise wird weiterhin von den herrschenden Politikern auf Kosten der Arbeitnehme-rinnen, RentnerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen ausgetragen werden.

Anfang Januar haben die CDU- und SPD-Fraktionen ne-ben der Privatisierung der

Stäwog auch Sozialkürzungen und Gehühnerhöhungen für Müllabfuhr und Abwasserese-tigung beschlossen. Die Verant-wortlichen gestehen damit selbst ein, daß der geplante Verkauf der Wohnungen die Haushaltsla-ge nicht entscheidend verbesser-t. Dieses Jahr werden zwar „nur“ kleinere-Kürzungen vor-genommen, doch nach der Wahl ist weitere massiver Sozialab-bau, ob Stäwog-Privatisierung

oder nicht, zu erwarten.

### Weder noch!

Nach einem Jahrzehnt Sparpo-link ist die große Koalition der CDU- und SPD-Fraktionen ge-gen die ArbeitnehmerInnen die logische Folge dieser Politik. Aber auch die „Breuer-SPD“ (die mit der Fraktion verfeindete Parteiführung, die die Woh-nungsprivatisierung ablehnt)

## „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“

Die MieterInnen haben erkannt, wohin die Reise geht: Im Lokaltat Nordsee-Zeitung schreiben 24 Leute einen ge-meinsamen Leserbrief: „Nun haben sich als Teile der SPD-Fraktion mit der FDP und CDU zusammengenommen, um sich dem bundesweiten Trend dieser beiden Parteien Gewinne privatisieren (und dann möglichst im Ausland), Verluste sozialisieren, anzuschließen. Man muß kein Prophet sein, um zu erkennen, was nach einem Verkauf ... passiert. Privatunternehmer wollen Gewinne, das geht nur über Mieterhöhungen und Verkauf von guten Wohnungen und Läden (Gewinne an Privat). Mieterhöhungen (es ist abzuse-hen, daß bei dem Verkauf von 6000 städtischen Wohnun-gen das Mietniveau in Bremerhaven steigen wird) ziehen, u. a. durch hohe zu leistende Wohnungszahlungen höhere Sozialausgaben nach sich (Verluste sozialisieren).“



würde ab dem kommenden Herbst anstelle des Wohnungs-verkaufes weitere drastische Kürzungen im Sozialhaushalt vornehmen, weil auch sie sich nicht gegen den ständigen Dieb-stahl der städtischen Gelder durch die Bonner Kohl-Regie-rung wehrt. Die Umverteilungs-politik zugunsten der Unterneh-mer und Reichen würde so ze-mentieren.

Die Bremerhavener SAV kämpft sowohl gegen die Privatisierung als auch gegen die So-zialkürzungen. Die Arbeiterbe-wegung der Stadt muß den Kampf für ein Reformprogramm im Interesse der arbeitenden Be-völkerung aufnehmen, um die Angriffe abzuwehren und stat-t dessen Fortschritte zu erreichen. Unsere Forderungen sind:

- ★ Kein Verkauf städtischen Ei-genums, Fortführung und Aus-weitung der städtischen Woh-nungsbaupolitik. Schaffung und Erhaltung qualitativ guten Wohnraums für alle bei niedri-gen Mieten
- ★ Keine Kürzung sozialer Lei-stungen
- ★ Keine Rücksichtnahme auf einen ausgeglichene Haushalt, sondern Aufnahme des Kampfes um die notwendigen Gelder aus Bonn

## Wofür wir kämpfen

- Arbeit und Ausbildung**
  - ★ Arbeit für alle
  - ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personal-ausgleich
  - ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
  - ★ Gleicher Lohn in Ost und West
  - ★ Qualifizierte Ausbildungs-plätze und unbefristete Übernahme im erlernten Be-reich
  - ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre min-destens 1500 DM netto
- Wohnen**
  - ★ Sofortiger Mietenstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkom-mens
  - ★ Verbot von Maklertätig-keit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
  - ★ Entzerrung großer privater Wohnungsbestände
  - ★ Öffentliches Wohnungs-bauprogramm von einer Mil-lion Wohnungen im Jahr
- Soziales**
  - ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
  - ★ Rücknahme aller Kürzun-gen der Kohl-Regierung
  - ★ Kostenloses staatliches Ge-sundheits- und Pflegesystem
  - ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen
  - ★ Kein Einsatz der Bundes-wehr gegen Arbeiter und De-monstranten, kein Einsatz im Ausland
  - ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisie-rung für Soldaten
  - ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivilistenstei-ende
- Umwelt und Verkehr**
  - ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stop von umwelt-zerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
  - ★ Müllvermeidung und Re-cycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen

### Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

## Teurer, dafür schlechter

### Dresden

Wie in anderen Großstädten steigen auch in Dresden mit Beginn des neuen Jahres die Tarife des öffentlichen Per-sonennahverkehrs. Wobei im gleichen Atemzug ange-kündigt wurde, die Fahrpreise bis zum Jahr 2000 um jährlich 15 bis 20 Prozent nach oben zu treiben.

### Ingenar, Dresden

Damit nicht genug! Im Auftrag des Vorstandes der Dresdner Verkehrsbetriebe AG (DYB) legte ein Büro drei Pläne zu-erster Kürzung des Streckennetzes der Straßenbahn vor. Betroffen wären davon gerade die Men-schen in den Randbereichen Dresdens, die schon jetzt keine optimale Anbindung an den In-nerstadtbereich haben, insbe-sondere in den Abendstunden. Damit werden Busse und Bah-nen noch unattraktiver. Derweil erstickt Dresden im Autover-kehr. Zu den Hauptverkehrszei-ten kommt der Verkehr ständig

zum Erliegen. In der Stadt herrscht nur noch ein riesiger Stau. Stra, Lärm und Smog wer-den nun zu-start abnehmen.

Als letzten Punkt dachte sich der DVB-Vorstand einen Perso-nalabbau und das Einfrieren der Gehälter auf 82 Prozent des Westniveaus aus. Drei tolle Überraschungen zum Jahres-wechsel auf unsere Kosten!

Wir brauchen ein gemeinsa-mes Vorgehen von Beschäftig-ten der DVB und den Dresdnern gegen diese Sparmaßnahmen. Gewerkschaften und PDS müß-ten die Aktionen starten und bindeln. Dazu ist eine Unter-schriftensammlung der PDS ge-gen die Streckenkürzung ein-erster Schritt. Das allein reicht aber nicht aus.

Wir kämpfen für:

- Ausbau des ÖPNV durch ein umfassendes Streckennetz und kurze Taktzeiten
- Vorfahrt für Busse und Bahnen auf allen Strecken
- ÖPNV zum Nulltarif
- Stop der Entlassungen und des Lohnabbaus



Überfüllt aber teuer (im Bild: S-Bahn Hamburg)

## Gegenwehr garantiert

Der Widerstand in der Bevölkerung wächst. Die SAV in Bremerha-ven hat eine Kampagne gestartet „Nein zur Stäwog Privatisierung, nein zu Sozialkürzun-gen“. Jeden Tag sind unsere Mitglieder auf der Straße, klingeln an die Wohnungstüren der Stäwog-MieterInnen und sammeln Unter-schriften.

Die Wut ist riesig. Fast jeder wußte über die Ausverkaufs-Pläne Be-scheid. Zu der am 26. Januar angekündigten Protestkundgebung, zu der auch die SAV groß mobilisiert, wollen selbst gehobenderte RentnerInnen kommen! Sie sind stinkauer. Die Leute an den Woh-nungstüren schimpfen über die Reichen und die Politiker, die ihnen immer mehr aus der Ta-sche ziehen. Die Men-schen haben Angst um ihre Wohnung aber gleichzeitig wollen sie auch keine Sozialkür-zungen.

Mit unserer Forde-rung, daß die Reichen für die Krise der kom-munalen Haushalte be-zahlen sollen, rennen wir offene Türen ein. Die Leute suchen nach Alternativen.

### Berlin

Wer seit dem 1. Januar die öffentlichen Verkehrsmittel der BVG in Anspruch nehmen muß, muß noch tiefer in sei-nen Geldbeutel greifen. Von Bündnis 90/Grüne und SPD bis hin zur PDS wird dies of-fensichtlich akzeptiert, denn von Widerstand vor selten dieser Parteien war nichts zu sehen.

### Mario, Berlin, BVG-Beschäftigter

Wer denkt, daß die Fahrpreis-erhöhung den ArbeiterInnen und Angestellten der BVG (Berliner Verkehrsgesellschaft) zugute

kommt, der irrt gewaltig! Es wird weiterhin Personal abge-baut, der Service bei der BVG wird klein geschrieben.

Die Kosten bei der BVG sollen heruntergefahren werden, um diese für die Privatisierung stimmreif zu schließen. In der pri-privatisierten BVG werden ohne Zweifel niedrigere Löhne der Beschäftigten für satte Profite der neuen Besitzer sorgen.

Diese Pläne müssen gestoppt werden, denn sie gehen aus Ko-sien der Beschäftigten und der BenutzerInnen. Die Gewerk-schaften müssen endlich Kampf-maßnahmen vorbereiten und nicht nur hohle Sprüche klopfen.

### Die CDU sagt:

## Sozialismus populär

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung hat den Durch-blick. Nach einer Meinungs-umfrage stellte der Stiftungs-Vorsitzende Langguth fest: „Die Sozialismus-Debatte in Deutschland ist nicht tot.“

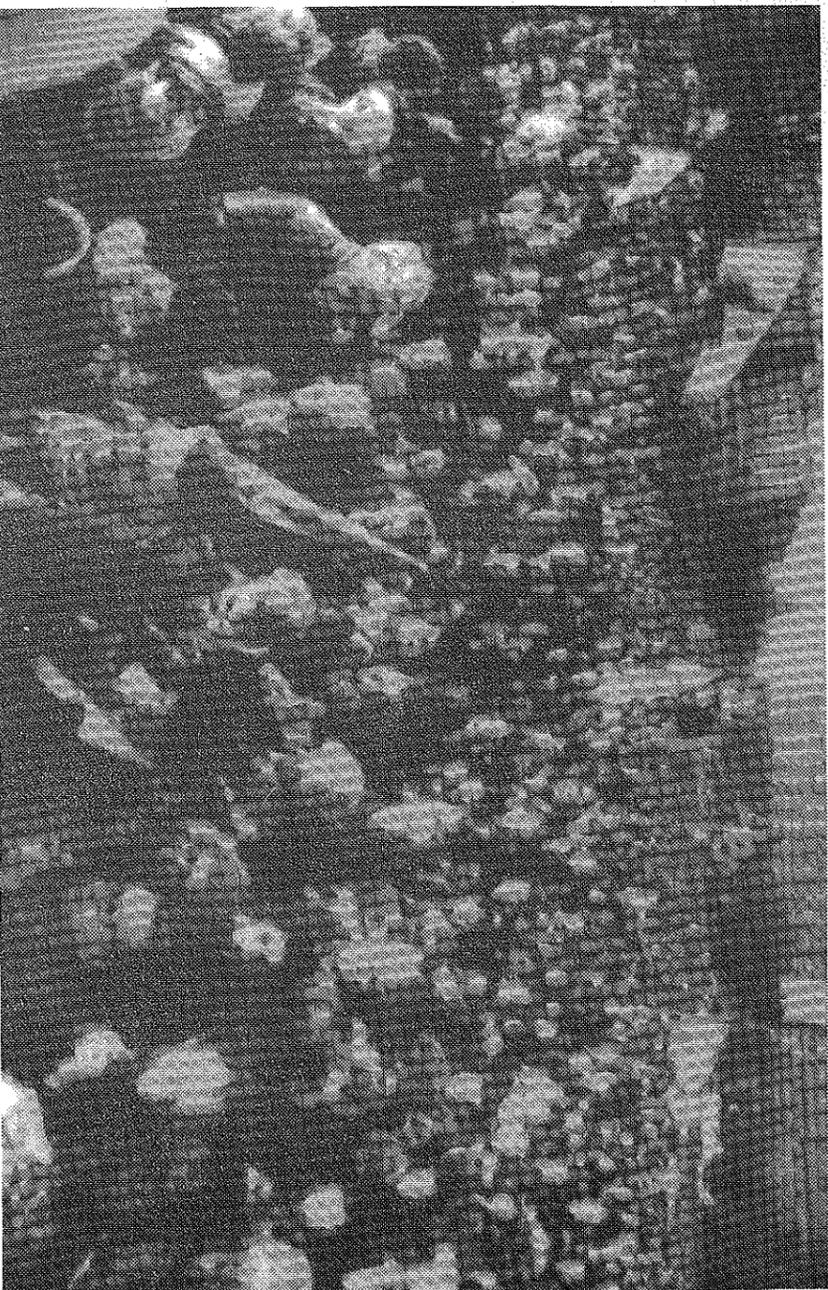
Vor allem im Osten gibt es starke Zustimmung zu sozialisti-schen Ideen. Nur 30 Prozent meinen, die Ursache für den Zu-sammenbruch des DDR-„Sozia-lismus“ liege im System selber begründet. 69 Prozent halten die Urfrüchtigkeit der DDR-Politik für verantwortlich. 54 Prozent der Ostdeutschen meinen, daß Sozialismus „prinzipiell sinn-voll und auch machbar“ sei. Selbst im Westen sind 29 Pro-zent dieser Auffassung.

Vorsichtig sagt der Köhner

„Sozialismus-Debatte“

Stadtratsrätin, die Hälfte der Ostdeutschen lehne eine Wie-dereinführung des Sozialismus anstatt des marktwirtschaftli-chen Systems der BRD ab - und was ist mit der anderen Hälfte? Die Jugend ist die erste Gene-ration seit dem Krieg, die einen umfassenden sozialen Abstieg erlebt. Je schlechter man sich mit dem Kapitalismus arrangieren kann, desto mehr wird allge-meine Sympathie für Sozialis-mus in direkte Unterstützung Ideen umschlagen, desto mehr werden in Kampfen Forderungen aufgestellt, die den Kapita-lismus in Frage stellen.

Dann werden sich die Herr-schenden die DDR herbeisuchen - ohne abschreckendes Beispiel stehen sie schlecht da in der



30 000 demonstrieren gegen die Steuerforderungen an die PDS. Die Parteiführung läßt das kämpferische Potential der Basis oftmals ungenutzt

# PDS: Integration oder Opposition?

Der PDS-Bundesvorstand hat Ende 1994 „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“ vorgelegt. Von vielen Parteimitgliedern wurden die Thesen als Versuch gewertet, den politischen Standort der PDS nach rechts zu verschieben, sich von Sozialismus und Klassenkampf zu verabschieden und als möglicher künftiger Regierungspartner zu empfehlen. Aufgrund des Unmuts und Widerstands an der Basis legten die Vorstandsmitglieder Bisky, Gysi und Modrow kurz vor dem Parteitag noch einmal ein 5-Punkte-Papier vor. Dieser Rückzug ist ein erster Erfolg der Parteilinie.

## Angela Bankert, Köln

Unser Redaktionsclub lag vor dem Parteitag, so daß die dortigen Beratungen nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Aber in den 10 Thesen drücken sich politische Standpunkte aus, die in der PDS-Führung stark vertreten sind und daher auch weiterhin die Diskussionen in und um die PDS bestimmen werden.

Ein Kernstück der Thesen ist die Forderung nach einem neuen „Gesellschaftsvertrag“ für das 21. Jahrhundert, eine Übereinkunft „zwischen den verschiedenen Klassen, Schichten und Gruppen der Gesellschaft“, um eine „veränderte Entwicklungsrichtung in der Produktions-, Konsumptions- und Lebensweise“ zu erreichen. Da es um das Überleben der Menschheit gehe, ließen sich die Probleme nicht mit einem vereinfachten Denken in den Kategorien des Klassenkampfes erfassen – so die The-

## Menschheitsfragen

Wenn wir die globalen Probleme der Menschheit in den Griff bekommen wollen, dann müssen

wir zunächst nach den Ursachen fragen – Die Ursache für Naturzerstörung, Unterentwicklung und Verarmung, Bedrohung durch Kriege ist die Beherrschung des Planeten durch wenige hundert Unternehmen, Banken, Rüstungskonzerne, die Ausbeutung von Mensch und Natur im Kapitalismus.

Wir müssen zwischen Ursache und Wirkung unterscheiden. Zwar sind die negativen Auswirkungen des Kapitalismus mittlerweile global, anders als zu Marx' Zeiten. Dies liegt daran, daß der Kapitalismus eine ungeheure Steigerung der Produktivkräfte, weltweite Arbeitsteilung und einen Weltmarkt geschaffen hat, der immer enger verflochten ist. Es ändert aber nicht an den Ursachen.

Der „Gesellschaftsvertrag“ heißt also, mit den Verursachern der Misere die Probleme lösen zu wollen. Warum sollten sie gegen ihre Interessen handeln, die in erster Linie in der Profitmaximierung liegen? Etwa, weil sie wegen der globalen Bedrohung selbst Opfer werden könnten, wenn auch sie Handlungsoptionen bekommen könnten? Aber hat sie die Aussicht, selbst Opfer des Systems und ihrer eigenen Politik werden zu können, jemals von der Durchsetzung ihrer unmittelbaren Interessen abgelenkt? Im zweiten Weltkrieg kamen auch Angehörige der herrschenden Klassen ums Leben. Das hat sie nicht davon abgehalten, anschließend ein noch gewaltigeres, atomares Bedrohungspotential aufzubauen, von dessen Auswirkungen sie betroffen wären.

## „Sozialer Frieden“ am Ende

Der Trend innerhalb der herrschenden Klasse geht Richtung „Aufklüftung der Sozialpartnerschaft“, verschärfte Angriffe auf soziale Errungenschaften,

wie die Thesen richtig feststellen. Dies geschieht nicht aus bösem Willen, sondern weil die Logik des Systems dies erzwingt, selbst wenn einzelne Kapitalisten verhinderte Samarter sein mögen.

Profitprinzip bedeutet, daß eingesetztes Kapital genügend Profit abwerfen muß, sonst finden sich weder Kapital- noch Kreditgeber und das Unternehmen geht bankrott. Konkurrenzprinzip bedeutet, die Großen schlucken die Kleinen sowie die Tendenz zu Zentralisierung und Konzentration, verschärfter Konkurrenzkampf auf internationaler Ebene, besonders bei nicht ausreichend wachsenden oder gar schrumpfenden Märkten.

Das kapitalistische System ist seit Mitte der 70er Jahre in einer strukturellen Krise, auch wenn



PDS-Aushängeschild Gysi: Die Kapitalisten zur Vernunft überreden

dies konjunkturelle Aufschwünge nicht ausschließt. Symptome sind die wachsende Massenarbeitslosigkeit, das Brachliegen der Autobahn der Finanzmärkte, die Abblähung der Finanzmärkte, die Öffentliche Verschuldung, Arbeitslosigkeit und Armut bescheiden die Nachfrage. Aus diesem Widerspruch kommt man auf kapitalistischer Grundlage

nicht heraus, denn für das einzelne Unternehmen besteht die Lösung in einer weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität, wodurch weniger Arbeitskräfte gebraucht werden, sowie aus der Senkung der Kosten für den Faktor Arbeit.

## Verfügungsgewalt einschränken?

Die Thesen verweisen auf die Notwendigkeit zu Eingriffen in die Verfügungsgewalt über das Kapital. Damit wird das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt. Verfügungsgewalt folgt aus Privateigentum, ist sozusagen die Essenz des Eigentums. Was nützt Eigentum, wenn man nicht darüber verfügen kann? Wer könnte die Kapitalgeber daran hindern, Kapital zu transferieren, ihr Unternehmen zu ver-

Arbeitsmarktpolitik, Arbeitszeitverkürzung, Nachfrageanhebung, ähnlich, wie es in den „10 Thesen“ gefordert wird. Darüberhinaus wurde auch die Verstaatlichung von Banken und einigen Unternehmen betrieben, was wesentlich weiterging als das PDS-Programm. Dennoch scheiterte die Linksunion und wurde durch den Druck des Kapitals nach nur einhalb Jahren zur Abkehr vom Reformprogramm gezwungen. Denn trotz relativ weitreichender einzelner Maßnahmen blieb sie im Rahmen des Kapitalismus und ließ die grundlegenden Eigentums- und Machtverhältnisse unangestastet, verzichtete auf die Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung, die sie gewählt hatte, und schreckte vor dem notwendigen Kampf zur vollständigen Ermächtigung des Kapitals zurück. Einer Politik auf Grundlage des PDS-Programms würde es nicht anders ergehen.

## Roosevelts New Deal

In seinem Ingolsstädter Manifest gibt Gregor Gysi ein Beispiel für einen möglichen „Gesellschaftsvertrag“. Der New Deal (Neue Übereinkunft) in

den USA der 30er Jahre unter Präsident Roosevelt stoppte die Umverteilung zugunsten der Reichen und kehrte sie in begrenztem Maße um. Arbeitsbeschaffung und Nachfrage wurde vom Staat angekurbelt.

Doch diese Politik des New Deal war nicht das Produkt der Verabschiedung vom Klassenkampf und vermeintlich „vernünftiger“ Zusammenarbeit der Klassen, sondern gerade die Folge verschärfter Klassenkämpfe in den USA der 30er Jahre, mit mächtigen Streikbewegungen und dem Entstehen eines neuen großen Gewerkschaftverbands, des CIO, der radikaler und klassenkämpferischer als der alte Dachverband war. Der New Deal war ein Ausdruck dieses zeitweilig verbesserten Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse. Zeitweilig – denn der New Deal war keine Zwischeneinlage zum Sozialismus oder auch nur zur veränderten Entwicklungsrichtung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern Vorläufer des Eintritts der USA in den Zweiten Weltkrieg.

Daraus läßt sich der Schluß ziehen: durch energischen Klassenkampf und breiteste Mobilisierung kann man auch im Rahmen des Kapitalismus Fortschritte erringen. Aber sie sind immer nur Ausdruck eines zeitweiligen Kräfteverhältnisses und ebensowenig von Dauer wie der „Sozialpartner-Kompromiß“ der bundesdeutschen Nachkriegszeit.

Die konkreten historischen Erfahrungen linker Reformansätze werden von den Autoren der Thesen offenbar nicht zur Kenntnis genommen. Viele linke Parteien und Regierungen bildeten sich schon ein, den Kapitalismus besser und „vernünftiger“ managen zu können als die Bürgerlichen selbst. Alle scheiterten: Mitterand in Frankreich, Papandreou in Griechen-

land, Gonzalez in Spanien, um nur einige Beispiele aus der jüngeren Geschichte zu nennen. Versucht man, dem Löwen nur die Krallen oder Zähne zu ziehen, ohne ihn zu erlegen, wird er nur noch wilder. Ein biblisches Profiprinzip, ein biblisches Kapitalherrschaft gibt es in der wirklichen Welt des Kapitalismus ebenso wenig wie ein biblisches schwanger. Ein „Gesellschaftsvertrag“, der im Sinne der Thesen wirksam wäre, ist reine Utopie.

## Weg und Ziel

Sozialismus wird in den 10 Thesen nur noch als „Vision“, „Bewegung“ und „Wertsystem“ betrachtet – ganz in der Tradition von Bernstein und dem Godesberger Parteitag der SPD (dort wurden 1959 alle Reste marxistischen Ideen aus dem Programm genommen). Im nachgeschobenen 5-Punkte-Papier von Gysi, Bisky und Modrow wird noch hinzugefügt, Sozialismus sei auch „Ziel“ – nach dem Motto: „Die Bewegung ist alles, und das Ziel ist auch nicht schlecht“.

Aber das sozialistische Ziel wird ad absurdum geführt, wenn Sozialismus gleichzeitig als „Weg“ und „Methode“ bezeichnet wird. Wenn ein Tischler erklären würde, Hammer und Säge sowie seine Arbeitsmethode seien im Grunde dasselbe wie der Tisch, den er damit herstellen wolle, so würde man ihn für einen Spatzvogel oder für nicht ganz zurechnungsfähig halten. Ähnlich frivol ist der Umgang der Parteilitze mit prinzipiellen Positionen.

Sozialismus als Ziel einer neuen Gesellschaft, in der das Kapital entmachtet und entscheidend den Bedürfnissen von Mensch und Natur, nach demokratisch aufgestellten Plan gewirtschaftet wird, geben sie auf.

Stattdessen ist die Rede von der „Vorherrschaft“ des Kapitals, (worum nur die Vorherrschaft und nicht die Herrschaft?), die von schrittweise „überwinden“ werden müsse. Da die Autoren so viel Wert auf die Abgrenzung von stalinistischen und poststalinistischen Systemen mit der Herrschaft einer Partei legen, sollten sie sich vielleicht nochmal erinnern, wie die „Vorherrschaft“ der SED beendetigt wurde: nicht schrittweise, sondern revolutionär, durch die Masse der Bevölkerung. Keine herrschende Elite eines Gesellschaftssystems hat je in der Geschichte ihre Macht schrittweise abgegeben.

## Die Schmidt-Engelmann-Scharping-Methode

Die Thesen sollen offenbar die „kommunistische Plattform“ in der PDS treffen. Tatsächlich besichtigen sie die sozialistischen Grundlagen.

Nicht nur der Inhalt, schon die Art und Weise, wie die PDS-Führung versucht, den Kurswechsel durchzusetzen, deutet auf schlechte SPD-Vorbilder: Vorlage von zusammengebastelten Anträgen kurz vor Parteitagen, ohne daß die Basis ausreichend beraten kann; erpresserische Rücktrittsdrohungen, falls die Delegierten nicht spüren.

Wer aber meint, durch Nichtbefassung oder einfache Ablehnung der Papiere diesen Versuch abzuwehren zu können, greift zu kurz. Die Auseinandersetzung darüber, ob die PDS den Kurs Richtung einer zweiten Auflage der SPD einschlägt, oder ob sozialistische Politik gestärkt werden kann, steht in und um die PDS ohnehin an. Dies erfordert inhaltliche und praktische Antworten, zu denen die SAV einen Beitrag leisten will. ■

Ihr da oben ...



Daß die menschliche Gesellschaft in zwei Teile unterteilt ist, diejenigen, die viel haben und diejenigen, die wenig oder fast gar nichts haben, ist allgemein bekannt. Dann gibt es noch diejenigen, die versuchen, diese Verhältnisse zugunsten Letzterer zu ändern. Schade, daß viele dieser Menschen das in sie gesetzte Vertrauen nicht erfüllen.

**Martin, Köln**

### Katholisch

Da gibt es die Galtionsfigur der katholischen Kirche, Mutter Theresa, für viele Christen ein Vorbild im Kampf gegen das Elend in der „Dritten Welt“. Aber statt sich vom Vatikan und seiner auf Kosten ihrer Opfer vollgefressenen und im Luxus lebender Bewohner abzuwenden, nimmt sie sich daran ein Beispiel und baut Klöster statt Krankenhäuser. Ihr Krankenhaus in Kalkutta existiert zwar auf dem Papier, aber es fehlt an den nötigen Medikamenten. Und für ihre „Wohltätigkeit“ nimmt sie z. B. von Ronald Reagan – Auszeichnungen entgegen.

### Grün

Die Vertreter der Parteien der „kleinen Leute“ scheinen sich in der neuen Umgebung der Unternehmer recht wohl zu fühlen. Geschäfte, bei denen es um viele Millionen geht, scheitern den Appetit anzuregen. Die Bundestagsvizepräsidentin Vollmer (Grüne/Bündnis 90) setzt sich für höhere Diäten für die am Hungertruch – nach neuesten Untersuchungen über die Verbreitung von Alkoholismus im Bundestag wohl eher an leeren Gläsern – nagenden Parlamentarier ein.

### Sozialdemokratisch

Der neue Chef der Bundesanstalt für Post- und Telekommunikation, Gottfried Bernath, SPD, fühlt sich in seinem neuen Amt sauer. Zu recht. Schließlich wollte sogar die CSU, daß er diesen Job bekommt. Dafür hat er hart gearbeitet. Er hat sich in der SPD dafür eingesetzt, daß diese der Privatisierung der Bundespost zustimmt und wurde so zu einem der wichtigsten Vertreter Kohlischer Privatisierungsstrategien.

So groß sein Jahresverdienst auch sein mag, er reicht noch immer nicht an die Superreichen heran, die ohne weiteres 1230 DM täglich für Ausschuck und Kleider (Lady Di) ausgeben oder 4 Millionen an ein Haarlabor zahlen, daß den Grund für seinen Haarunfall erforschte (Julio Iglesias).

Auch wird er sich wohl kaum leisten können, unlesbame Nachbarn durch den Ankauf ihrer Villa – 3,9 Millionen – zu vertreiben (Arnold Tennorator Schwarzenegger).



Wir hier unten

# Bildungsklausur ist Zukunftsklausur!

Die Bildungspolitik aus CDU/CSU, FDP und SPD setzen ihren Kurs von Reformabbau und Kürzungspolitik im Bildungsbereich fort. 1995 könnte dabei das Jahr werden, in dem die Errungenschaften der letzten 20 Jahre über Bord geworfen werden.

Ganz oben auf der Liste konservativer (und leider auch immer mehr sozialdemokratischer) Bildungspolitik steht ein Angriff auf die sogenannte „reformierte Oberstufe“. Diese Reform aus Zeiten einer SPD-geführten Bundesregierung ermöglichte Schülern der gymnasialen Oberstufe weitreichende Wahlmöglichkeiten für ihre Abitur-Prüfungsfächer. Dies führte, gemeinsam mit der Einführung von Schüler-Bafög, dazu, daß mehr Kindern aus Arbeiterfamilien der Weg zu Abitur und Studium offenstand. Das Schüler-Bafög schon 1982 abgeschafft – jetzt scheint die reformierte Oberstufe dran zu sein.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) wird im Laufe dieses Jahres diskutieren, was mit dem Abitur zu machen ist. Das Ziel der Kultusminister ist schon seit Jahren die Erhöhung des Leistungsdruckes und noch mehr Ethikbildung. Dies soll hauptsächlich durch weitere Ein-

schränkung von Wahlmöglichkeiten geschehen, was in einigen Bundesländern auch schon umgesetzt wurde. Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften sollen die Schwerpunkte sein, Möglichkeiten zur Abwahl solcher Fächer eingeschränkt oder aufgehoben werden.

Gekürzt werden die Geisteswissenschaften – diese vermiteln ja auch am ehestens eigenständiges und gesellschaftskritisches Denken und sind von wenig Nutzen für die Wirtschaft. Da verwundert es nicht, daß gerade Wirtschaftsverbände auf eine solche Bildungspolitik drängen.

Im Zuge dieser Diskussion werden die Kultusminister wohl wieder einen Vorstoß machen, die Schulzeit in Deutschland generell auf 12 Jahre zu verkürzen, womit sie letztes Jahr erstmal gescheitert sind. All das wird zur Folge haben, daß weniger SchülerInnen das Abitur erlangen und gerade Haupt- und RealschülerInnen den Sprung in die gymnasiale Oberstufe nicht schaffen werden.

Dazu kommt eine unendliche Liste von LehrerInnenmangel – in Nordrhein-Westfalen alleine 20 000 – Kürzungen bei Lehr- und Lernmitteln, Vorverlegung der Abiturprüfungen und verfallenden Schulgebäuden. ■



Auf einer Demo in Hamburg, Sommer 94

## Schülerinnen berichten

**Katrin, Bremerhaven**

„In Bremen soll es eine „Oberstufenreform“ geben: Kurse mit weniger als 10 SchülerInnen dürfen nicht mehr stattfinden, die Höchstgrenze für SchülerInnen pro Klasse oder Kurs soll auf 30 heraufgesetzt und somit die Fächerwahl noch einmal eingeschränkt werden. Aber SchülerInnen haben bereits ihre Proteste angesagt und auch in letztem Jahr gab es schon massive Proteste von Schülerinnen und Schülern. Am 6. Dezember 1993 streikten 80 000 SchülerInnen in NRW gegen die damals geplante

**Anja, Rostock**

„Jede vierstündige Klausuren und ein breites Allgemeinwissen, wie man es gar nicht verkraften kann. In mindestens fünf Fächern muß die Abiturprüfung abgelegt werden und es gibt keine Möglichkeit, diese Fächer abzuwählen. Aber nicht jeder ist ein Mathe- oder Deutsch-Talent. Das Schuljahr 94/95 ist das kürzeste, welches es in Mecklenburg-Vorpommern je gab – durch Vorverlagerung der Ferien – aber an Kürzungen des Unterrichtsstoffes wird kein Gedanke verschwendet. Als

## Augenzeugenbericht aus Italien



# Die Jugend zeigt, wie es geht

Der Kampf im Herbst hat Arbeiter, Rentner, Schüler und Studenten seit langem wieder vereint auf die Straße gebracht. Es galt, die Kürzungen bei den Renten zu verhindern und die rechte Regierung zu stoppen. Doch SchülerInnen und Studierende müssen noch weitere Angriffe abwehren.

**Miriam Alberti, Mitglied im JRE-Bundessprecherrat, Köln**

Berlusconi's Regierung wollte Privatisierungen der staatlichen Schulen durchsetzen. Ziel ist es, private Investoren aus der Wirtschaft für Schulen zu finden, die Staatsausgaben sollen gekürzt werden und zu privaten Schulen umverteilt werden.

Im November wurden in jeder Stadt Schulen besetzt, viele wurden selbstverwaltet. Selbstverwaltung bedeutet: Der Unterricht wird weitergeführt, die SchülerInnen bestimmen die Lehrinhalte, neue Unterrichtsformen werden ausprobiert und der Kampf wird gemeinsam organisiert. In einer Schule in Genova wurde auf einer Vollversammlung einstimmig die Selbstverwaltung beschlossen. Sofort wurden vier Komitees gewählt. 1. Selbstverwaltung: Ideen, Lehrinhalte und Ergebnisse werden zusammengetragen und aufeinander abgestimmt. 2. Ordnung: Ebenfalls im November demonstrierten 6000 lautstark in Bremen. Diese Beispiele zeigen, daß sich die Lernenden und Lehrenden in diesem Land ihrer Situation bewußt sind und bereit sind den Kampf gegen den Bildungsklausur aufzunehmen.“

**Landesweiter Schülerkongress**

Regional haben sich unabhängige voneinander Schülerkomitees mit je einem Vertreter pro Schule gegründet. Sie sind bisher nicht national vernetzt. Als nationale Schülervertretung bezeichnet sich der UDS – Union der Schüler. Er wurde von PDS, demokratischen Linken, die sozialdemokratische Partei in Italien gegründet. Sie haben das Ziel eine CGIL-nahe Schülergewerkschaft aufzubauen (CGIL: PDS-naher Gewerkschaftsver-

band), so daß deren Führung auch Einfluß auf die Schülerbewegung hat. Sie haben zu einem nationalen Schülerkongress aufgerufen, doch dort waren sie eine Minderheit. 350 SchülerInnen haben die Gelegenheit genutzt, um landesweit zusammenzukommen und haben der UDS-Führung einen Strich durch die Rechnung gemacht: „Wir wollen uns nicht instrumentalisieren lassen, wir wollen die Forderungen der Schüler diskutieren und uns nicht von irgendwelchen Parteilosen Positionen aufdrücken lassen!“

**Selbstregierung der Schule**

Daß Privatisierung Bildungsinstanzen sind und nur Eliteschulen zur Folge haben, darüber besteht sowieso Einigkeit bei allen Schülern. Die Bewegung bekämpft auch ein anderes Problem: Wir wollen mitbestimmen. Wir brauchen die Selbstregierung der Schule; Schüler, Lehrer und Eltern müssen bestimmen, was in der Schule passiert und wie sie finanziert wird. Doch wie wir das erreichen können, darüber besteht leider überhaupt keine Klarheit. Schön, daß der UDS mit seinen Vertretungspositionen keine Chance hatte: „Schüler in die Schulkäse“, die genauso wie in Deutschland nichts zu entscheiden haben.

Für Sonntag war der Kürzungsminister D'Onofrio eingeladen, doch erwartungsgemäß hielt er von den Forderungen der

## Unis nur für Reiche?

# Studiengebühren, die 2.

Nachdem der Vorstoß zu Studiengebühren 1994 am Widerstand der Studenten gescheitert ist, versuchen Hochschullektoren sie im Paket mit weiteren Angriffen dieses Jahr durchzusetzen.

Nachzulesen in Papieren diverser Rektorenkonferenzen: Die Höhe der Gebühren könnte bis zu 1000 DM pro Jahr betragen. Die Gebühren wären immer fallig, nicht nur bei Überschreitung der Regelstudienzeit, wie der Vorschlag von 1994.

Sinn und Zweck: Finanzlöcher stopfen, Studenten zu kürzeren Studienzeiten zwingen, Jugendliche aus Arbeiterhaushalten von den Unis vertreiben, um nur noch einer Elite aus bürgerlichen Kreisen gute Bildung zu ermöglichen.

Stundung oder Erlaß der Gebühren würden an die „Erbringung der nach dem Studienplan vorgeschriebenen Leistungskontrollen“ gekoppelt. Doch wer kann das erfüllen, wenn es schon neben dem Studium gebillt werden muß?

# Mach mit bei der SAV

Die kapitalistische Gesellschaft befindet sich weltweit in einer anhaltenden Krise. Der Kapitalismus selber wird keinen Ausweg anbieten können. Deshalb reicht es nicht, an den Symptomen der Krankheit herumzudoktern, die Ursache der Krankheit, das kapitalistische Profitssystem, muß abgeschafft und durch eine weltweite sozialistische Demokratie ersetzt werden.

## Sascha Stanicic, Köln

Viele ArbeiterInnen und Jugendliche erkennen, daß es nicht

## Eine starke sozialistische Kraft aufbauen – Mitglied werden!

so weitergehen kann wie bisher. Viele radikaleren sich. Aufgrund der vielfältigen Angriffe der Kapitalisten und ihrer Regierungen wird es in den nächsten Monaten und Jahren international zu großen Bewegungen und Kämpfen kommen. Die Ereignisse in Italien waren nur ein Vorbohrer davon.

Es besteht die Möglichkeit, die Kampfbereitschaft zu nutzen und denen da oben ihre Macht und ihren Reichtum streitig zu machen. Die Führungen von Gewerkschaften, SPD und PDS nutzen diese Möglichkeit jedoch nicht. Im Gegenteil: Die SPD-Führung hat nicht nur die Idee des Sozialismus über Bord geworfen, sondern auch die Idee, Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems zu erkämpfen. Ihr Anbiiderungsprozess an CDU/CSU kennt kaum noch

aufgebaut werden. Eine Führung, die nicht versucht, ihr Schicksal ins Trockene zu bringen, sondern sich für die Interessen von ArbeiterInnen und Jugendlichen einsetzt. Eine solche Führung braucht ein sozialistisches Programm für eine umfassende Veränderung der Gesellschaft. Dazu muß eine starke sozialistische Kraft aufgebaut werden. Diese Aufgabe hat sich die Sozialistische Alternative VORAN (SAV) gestellt.

### Sozialistisches Programm

Vielen ArbeiterInnen fehlen heute die Argumente, Argumente gegen Privatisierungen, Lohnkürzungen und Sozialabbau. Die Führer von SPD und Gewerkschaften lassen sich auf die Logik der kapitalistischen Mark-

wirtschaft ein und liefern diese Argumente nicht. Unser Ziel ist es deshalb, ein sozialistisches Programm gegen die kapitalistische Krise zu verbreiten und dafür Unterstützung zu gewinnen. Bewaffnet mit einem solchen Programm werden sich ArbeiterInnen nicht weiter gegeneinander ausspielen lassen und erfolgreiche Kämpfe führen können.

Wir wissen, daß sich ein solches Programm in der Praxis beweisen muß. Die SAV ist kein Debattierklub. Wir beteiligen uns mit aller Kraft an den Kämpfen der Arbeiterschaft und der Jugend.

Wir machen Vorschläge, wie diese Kämpfe geführt und gewonnen werden können und ergreifen selber die Initiative, wo wir die Möglichkeit dazu haben. So haben wir zum Beispiel die Initiative zur Gründung von *Jugend gegen Rassismus in Europa – JGE* ergriffen und somit einen wichtigen Beitrag für die antirassistische Bewegung geleistet.

Unsere Ortsgruppe in Brennerhaven führt einen Kampf gegen die Privatisierung der Städtischen Wohnungsgesellschaft (siehe Bericht auf Seite 2) in Kassel haben wir eine Kampagne gegen die Schließung eines Jugendzentrums erfolgreich geführt. SAV-Mitglieder im Volkswagen-Konzern gehen eine Betriebszeitung heraus und leisten damit einen Beitrag für den Aufbau einer Linken Opposition in den Gewerkschaften.

### Internationalismus

Die SAV ist Teil einer internationalen Organisation, dem *Komitee für eine Arbeiterinternationale*. Der Kapitalismus ist international, deshalb kann eine sozialistische Veränderung nur international erfolgreich sein. Aus diesem Grund haben wir uns mit SozialistInnen aus den USA, Südafrika, Indien, Austra-

lien, Rußland, Frankreich und vielen anderen Ländern zusammengeschlossen.

Die SAV ist eine demokratische Organisation. Unsere „Funktionäre“ sind demokratisch von den Mitgliedern gewählt, rechenschaftspflichtig und können jederzeit wieder ab-

Wie auch letztes Jahr zum 75. Todestag sind dieses Jahr wieder 80 000 Menschen zu den Gräbern der Sozialistenführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gekommen.

Rosa und Karl wurden am 15. Januar 1919 von reaktionären Soldaten ermordet, auf Befehl der SPD-Regierung. Ihre Ermordung war von zentraler Bedeutung für die Niederschlagung der Revolution, die im November 1918 begonnen hatte.

Ein Großteil der Teilnehmenden waren auch dieses Jahr ältere Mitglieder der PDS aus Ost-Berlin und ganz Ostdeutschland. Aber dieses Mal waren auch junge Leute stärker als in den letzten Jahren vertreten. Der Gedenktag war weniger von Trauer, sondern vom Bewußtsein über die Aktualität der Ideen von Luxemburg und Liebknecht geprägt. Es war eine Demonstration der Stärke und Lebendigkeit sozialistischer Ideen vor allem in der ostdeutschen Bevölkerung.

In den bürgerlichen Medien wurde die Teilnehmerzahl entweder heruntergespielt oder sich darauf beschränkt, die ehemaligen DDR-Großen aufzuzählen, die auch gekommen waren. Die Bürgerlichen wollen nicht anerkennen, daß viele Leute schon zu DDR-Zeiten ohne Zwang von oben der Ermordung der beiden

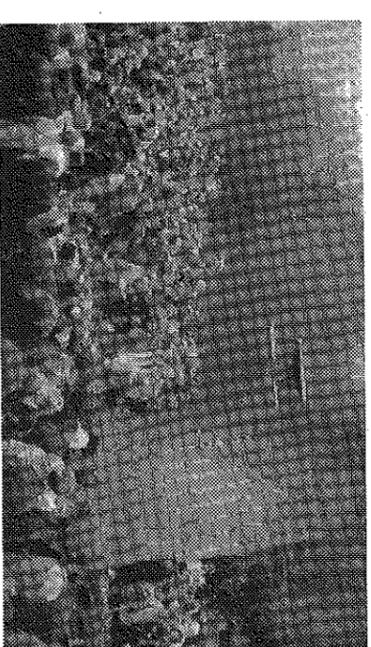
gewählt werden. Unsere Ortsgruppen sind offen für jeden und jede, der/die die Nase voll hat von Kohl, Schöping und Konsorten und sich zur Wehr setzen will. Unsere Mitglieder sind ArbeiterInnen, Angestellte, SchülerInnen, StudentInnen, Auszubildende, alleinerziehende

Mütter, Arbeitslose und RentnerInnen. Wir sind zuversichtlich in den nächsten Jahren eine starke sozialistische Kraft aufzubauen. Du kannst dazu einen Beitrag leisten! Werde Mitglied der SAV!

## Berlin Gedenk-Demo für Rosa und Karl

Sozialistenführer gedacht haben. Unter dem Motto „Das politische Erbe von Karl und Rosa verwirklichen: Eine starke sozialistische Kraft aufbauen“ führte

die Berliner SAV im Anschluß an die Demonstration eine Veranstaltung durch, zu der 70 Leute kamen.



Nicht nur Trauerkundgebung, sondern Demonstration für eine andere Gesellschaft – der Gedenktag für Luxemburg und Liebknecht

Wir trauern um

### Timo Hoffmann

Timo starb am 16. 12. im Alter von 16 Jahren bei einem Verkehrsunfall. Er war mit dem Mofa unterwegs, um für JRE politisches Material zu transportieren.

Timo war das aktivste Mitglied der JRE-Gruppe Freiburg und ist bei der Gründungskonferenz Mai 1994 in die SAV eingetreten. Noch sechs Tage vor seinem Tod wurde er in den Vorstand der Freiburger SAV-Gruppe gewählt und hätte mit seiner großen revolutionären Energie eine wichtige Rolle für den Aufbau der Gruppe gespielt.

Viele SAV-Gruppen haben eine Kampagne gegen Abschichtung gegen Schließung von Jugendzentren, gegen Privatisierung von Krankenhäusern und Verkehrsbetrieben, auf die DM-Schrift protestiert, sondern auch Geld für die Kampagne, u.a. für den Druck der Flugblätter, gegeben.

Der Regierung und den Konzernen stehen die Medien unentgeltlich zur Verfügung. Wir sind bei der Finanzierung von

Spendenkonto: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Kto.-Nr. 2500 59-430

| 4. Quartal 94          | erreicht DM   | % des Ziels | Ziel DM       |
|------------------------|---------------|-------------|---------------|
| Schleswig-Holstein     | 0             | 0%          | 500           |
| Bremen                 | 663           | 37%         | 1800          |
| Mecklenburg-Vorpommern | 303           | 34%         | 900           |
| Berlin                 | 3518          | 70%         | 5000          |
| Nordrhein-Westfalen    | 6892          | 56%         | 12300         |
| Hessen                 | 3810          | 60%         | 6400          |
| Baden-Württemberg      | 3579          | 69%         | 5200          |
| Sonstiges              | 2433          | 84%         | 2900          |
| <b>Summe</b>           | <b>21 198</b> | <b>61%</b>  | <b>35 000</b> |

### Werde Mitglied der SAV!

- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir setzen uns mit Dir in Verbindung und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon



## Sozialistische Alternative VORAN Treffen der Ortsgruppen und Veranstaltungen

- Rostock**  
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen
- Berlin**  
Infos und Termine der Ortsgruppen bitte unter 030 / 4 44 76 16 erfragen
- Bremenhaven**  
Jeden Montag, 18 Uhr, Freizeitheim Leine-Treff, Eupener Str. 3  
Infos über Themen unter: 04 71 / 20 09 92
- Kassel**  
OG West: jeweils freitags, 18 Uhr, Werkstatt-Cafe, F.-Ebers-Str. 175 (gegenüber der Stadthalle)  
OG Nordost: jeweils freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Morbachstr. 12  
OG Wehlhaiden: jeden Sonntag, 18 Uhr, Cafe Libre, F.-Ebers-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)  
Infos über Themen unter: 05 61 / 1 64 91
- Köln**  
Jeden Montag, 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 (Nahe U-Bahn Ebertplatz), Thema 6. 2.: „Italien in Aufruhr, Reisebericht“  
Infos unter: 02 21 / 13 45 04
- Krefeld**  
Jeden Mittwoch, 16.30 Uhr, Kurdisches Volkshaus, Hansa-Str. 83 (Nahe Hauptbahnhof)  
Weitere Infos über die Bundeszentrale
- Aachen**  
OG Nord: jeden Montag um 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18, Thema am 6. 2.: „Ist das kommunistische Manifest noch aktuell?“, 13. 2.: „Kampf gegen kommunale Sparpolitik“  
OG Mitte: jeden Dienstag, 19 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41  
OG Ost: jeden Montag, 19 Uhr, Ort bitte erfragen  
Weitere Infos unter: 02 41 / 50 86 85
- Siegen**  
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen
- Frankfurt/Main**  
Jeweils freitags, 18 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5 (Nahe Alte Oper)  
Weitere Infos über die Bundeszentrale
- Stuttgart**  
OG Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9, Thema am 15. 2.: „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“  
OG Süd-West: jeden Dienstag 17.30 Uhr, Jugendhaus Heslach (Böhliger Str. 92), Thema am 21. 2.: „Die Stellung der Frau im Kapitalismus und Sozialismus“  
OG Nord: Infos über die Bundeszentrale
- Freiburg**  
Jeden Donnerstag, 19.30 Uhr  
Infos über Ort und weitere Termine unter 07 61 / 4 16 32

**VORAN**  
Impressum  
Überrheinische marxistische Monatszeitschrift  
Erschienen seit 1973  
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortliche Redakteuren: Angela Koppert  
Erscheinungswoche: monatlich  
Druck: SHZ Druck/Wandrei GmbH, Essen  
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln  
Telefon 0221 / 13 504 oder 13 4604  
Telefax 0221 / 13 280  
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43  
Konto-Nr. 2500 59-430  
Konto-Nr. 2500 59-430

**ABONNIERT VORAN!**

- zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich      Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu      DM (min. 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung  
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

**Werde Mitglied der SAV!**

- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir setzen uns mit Dir in Verbindung und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben an: SAV-Stand, Dargest. VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln  
Infotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

## Für kämpferische, demokratische Gewerkschaften

- ★ Schluß mit der Zusammenarbeit von Gewerkschaftsführung mit Unternehmen und Regierung
- ★ Konsequenter Kampf um Arbeitsplätze, Löhne, Tarife und demokratische Rechte
- ★ Volle Mobilisierung der Mitgliedschaft zur Durchsetzung von gewerkschaftlichen Forderungen
- ★ Organisierung von politischen Streiks bis hin zu Generalstreiks gegen Angriffe von Bundes-, Landesregierungen und Stadträten
- ★ Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre
- ★ Begrenzung der Einkommen von Hauptamtlichen Funktionären auf das Durchschnittseinkommen der in der Gewerkschaft organisierten Mitglieder plus angemessene Spesen bzw. Auslagenersatzung.
- ★ Offenlegung und Abführung aller Nebenverdienste aus Aufsichtsrats- und Parlamentssitzen
- ★ Volle Rechenschafts- und Auskunftspflicht aller Funktionäre und Delegierten
- ★ Keine Auflösung von Verwaltungsstellen und Abbau von Personal, stattdessen Mitgliederwerbung und Einsparungen in Bereichen, die die Kampfkraft nicht schwächen (Gehälter der Spitzenfunktionäre, keine Luxusbauten bei den Vorstandszentralen ...)
- ★ Schluß mit der Ämterhäufung. Keine allmächtigen Multifunktionäre
- ★ Demokratisierung der Strukturen von oben bis unten

## Mitgliederschwind im DGB

| Jahr   | 1991   | 1992   | 1993  | 1994      |
|--------|--------|--------|-------|-----------|
| 11 800 | 11 015 | 10 290 | 9 774 |           |
| 737    | 630    | 584    | 547   | HBV       |
| 777    | 696    | 667    | 653   | IG Bau    |
| 877    | 849    | 779    | 742   | IG Chemie |
| 2138   | 2115   | 1996   | 1878  | ÖTV       |
| 3624   | 3394   | 3146   | 2996  | IG Metall |
| 3647   | 3361   | 3118   | 2958  | Sonstige  |

Mitgliedszahlen in Tausend

Ende 1994 hatten die DGB-Gewerkschaften 9,8 Mio Mitglieder. Nach der Übernahme von 2,8 Millionen aus dem FDGB waren es 1991 11,8 Mio. Seither hat es einen Rückgang der Mitgliedschaft gegeben. Hauptursache: Rückgang der Beschäftigung vor allem im Osten und in den traditionell gut organisierten Industriebetrieben im Westen. Zum Vergleich: die DAG hat rund 600 000 Mitglieder, der christliche Gewerkschaftsbund rund 300 000 Mitglieder. Der Organisationsgrad (nur DGB-Gewerkschaften) ist laut DIW auf knapp 32 Prozent gesunken. Im Westen liegt er bei knapp 28, in Ost-Deutschland dagegen bei 47 Prozent.

# Wohin gehen wir?

**Die bürgerliche Presse versucht uns weiszumachen, daß die Gewerkschaften ein aussterbender Dinosaurier sind. Sinkende Mitgliederzahlen und relativ wenig Streiks sind für sie der Beweis dafür. Wie stark sind die Gewerkschaften tatsächlich? Wohin gehen sie? von Ursel Beck, IGM-Mitglied, Köln**

Im Oktober vergangenen Jahres erklärte Silvio Berlusconi, daß ihn keine 100 Generalstreiks dazu bringen würden, seine Haushaltskürzungen zurückzunehmen. Die Gewerkschaften organisierten die größte Demo in der italienischen Nachkriegsgeschichte – 1,5 Mio – und drohen mit einem 24-Stun-

Den Unternehmen wurden durch Verhandlungen, Warnstreiks oder kurze Schwerpunktstreiks höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und mehr Urlaub abgerungen. Mit dem Verhandlungsgeschick der Gewerkschaftsführer hatte dies nichts zu tun. Entscheidend war immer und ist bis heute die dahinter

Feind, der Arbeiterklasse. Positionen aufgegeben Die heutigen Gewerkschaftsführer meinen, daß die Marktwirtschaft erhalten werden muß, obwohl das Grundsatiprogramm des DGB „die Überführung von Schlüsselindustrien und anderer



Die Gewerkschaften haben gegen die Zerschlagung und Privatisierung der ostdeutschen Industrie keinen entschlossenen Widerstand geleistet

den-Generalstreik. Noch bevor er stattfand, war Berlusconi bereit, mit den Gewerkschaften über die Rücknahme der Kürzungen zu verhandeln.

Im Dezember kündigten die öffentlichen Arbeitgeber Nordrhein-Westfalens die Zusatz-Tarifverträge für gewerbliche Arbeitnehmer und verlangten Lohnkürzungen um 30 Prozent. Ihr Verhandlungsführer, der Kölner Oberstadtdirektor Rutschmeier, tonte: „Das möchte ich erst mal sehen, daß die streikenden Zehntausend KollegInnen nahmen an den massiven Warnstreiks teil. Wut und Kampfbereitschaft waren größer als 1992. Die ÖTV-Spitze mußte die Beschäftigten nach eigenen Angaben von spontanen Arbeitsniederlegungen zurück-

stehende Kampfkraft der Mitgliedschaft. Sie wirkte als Drohung für die Unternehmer und reichte aus, ihnen Zugeständnisse und Reformen abzurufen.

Früher konnten die Unternehmen auf der Grundlage ständig wachsender Märkte, Produktion und Beschäftigung riesige Gewinne aus den Arbeitern herausholen. Aus ihrer Sicht konnten sie es sich in Westeuropa leisten, davon ein paar Krümel abzugeben. Außerdem gab es noch die Systemkonkurrenz im Osten. Sie wirkte zumindest in Westeuropa neben den Gewerkschaften als unsichtbarer zweiter Gegner der Unternehmer am Verhandlungstisch.

### Krise der Marktwirtschaft

Die Zeiten haben sich verändert. Das System funktioniert nicht mehr. Die Profitmaximierung des Kapitals funktioniert über Rationalisierung und Verdichtung der Arbeit, indem weniger ArbeiterInnen beschäftigt werden, aus denen mehr Profit herausgeholt wird. Zusätzliche Profitquellen sind die Börsen- und Finanz-Spekulation, die Plünderung der Staatskassen und die Privatisierung von profitablen staatlichen Dienstleistungsunternehmen.

Die Unternehmer können mit ihrem Profitsystem die Gesellschaft nicht mehr weiterentwickeln. Sie sind zu reinen Schemelotzem geworden. Der Arbeiterklasse haben sie nichts zu bieten als Massenarbeitslosigkeit, Lohnraub, Leistungsverfall, höhere Steuern und Abgaben und Sozialabbau. Alles in der Vergangenheit erkämpfte kommt unter Beschuß. Nach dem Zusammenbruch ihrer Systemkonkurrenz im Osten konzentrieren sie sich auf die Abrechnung mit ihrem inneren

marktbherrschender Unternehmen in Gemeineigentum“ fordert. Sie haben sich mit dem System ausgesöhnt, sie verdanken ihm ihre Macht und ihre Privilegien.

Doch in der Krise gibt es keine Grundlage mehr für ihre alte Politik der Sozialpartnerschaft. Vor die Entscheidung gestellt, die Kampfkraft für die Verteidigung der Interessen der Mitgliedschaft zu mobilisieren oder dem Druck der Unternehmer nachzugeben, entscheiden sie sich für Letzteres. Selbst wenn sie unter Druck der Basis gezwungenemmaßen einen Kampf organisieren, suchen sie die erste beste Gelegenheit, um den Kampf abzuwürgen. Von Kompromissen, selbst von faulen, kann man hierbei kaum sprechen. Denn die Kapitalisten sind mit ihren Vorschlägen durchgekommen.

In allen wichtigen Fragen haben die Gewerkschaftsführer unter dem Druck des Kapitals bisherige Positionen aufgegeben. Wenn es um Lohnabhängigen geht, benützen sie in abgeschwächter Form die gleichen Argumente wie die Unternehmer der Verteidigungssprekram ist kleiner geworden, wir müssen den Gütern enger schnallen. Aus der Forderung „Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich“ ist Arbeitszeiterkürzung mit Lohnkürzung und Flexibilisierung geworden.

Der neue DGB-Chef Schütte hat erklärt, der DGB habe das Ziel, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren. Über das alte Ziel Vollbeschäftigung hat er kein Wort verloren. Hinzugetreten hat aber, daß es keine Rückkehr zur Vollbeschäftigung zu den alten Bedingungen“ geben kann. Das heißt: die Bedingungen werden künftig schlechter sein, durch mehr Teilzeitschäftigung und flexi-

blete Arbeitszeiten. Genau das wollen die Unternehmer. Die Haltung der Gewerkschaftsführung in der Standort-Debatte läßt darauf hinaus, den Unternehmen einen Pakt gegen die ausländische Konkurrenz, das heißt gegen die KollegInnen im Ausland, anzubieten.

### Streiks 92-94

Die Unternehmer haben ihre Kohl-Regierung zur Umverteilung benutzt. Die Gewerkschaftsführer haben das passiv hingenommen. Und nicht nur das. Als trotz Widerstand des Hauptvorstands beim letzten ÖTV-Kongreß für die kommende Tarifrunde der Beschluß gefaßt wurde, die Abgabenerhöhungen in die Lohnforderung einzurechnen, erklärte der Vorstand hinterher, er werde sich nicht daran halten!

Start wie in der Vergangenheit den staatlichen Sektor zu verteilen, hat sich die Gewerkschaftsführung zum Befürworter von Privatisierung bei Trennung und staatlichen Betrieben gemacht. Das Zurückweichen der Gewerkschaftsführung hat den ArbeiterInnen in Ost- und Westdeutschland Massenarbeitslosigkeit, 10 Prozent Reallohn-Abbau seit Beginn der 90er, Flexibilisierung und Leistungsverdrängung gebracht. Diese Politik hat zu noch unverschämteren Forderungen und zu noch größerem Druck von Seiten der Arbeitgeber geführt.

Die DGB-Gewerkschaften sind trotz gesunkenem Organisationsgrad die größte Kraft in dieser Gesellschaft. Würden die DGB-Gewerkschaften die ArbeiterInnen ernsthaft in den Kampf führen, hätten sie auch die Unterstützung der Mehrheit der Unterorganisierten. Das zeigte sich beim ÖTV-Streik 1992 und beim Ost-Metallstreik 1993. Es gab in diesen Kämpfen nicht nur Eintritte in die Gewerkschaft, sondern auch Unterstützung von Unorganisierten und der Bevölkerung. Diese Streiks und die Metalller-Warnstreiks von 1994 mit 1,9 Beteiligten geben einen Eindruck von der Macht der Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Würden die Gewerkschaften gegen Sozialabbau und Angriffe der Kohl-Regierung mobilisieren, würden sie dabei die Unterstützung von Arbeitslosen, Hausfrauen, Rentnern, Schülern und Studenten bekommen.

### Lohnraub und Arbeitsverdichtung

In den kommenden Monaten und Jahren werden die Unternehmer in Deutschland dem Beispiel ihrer Klassenbrüder folgen und zum Generalanriff auf die arbeitende Bevölkerung übergehen. Es reicht ihnen nicht mehr, bei den Asyloberhem, Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen, Rentnern und Studierenden zu sparen. Jetzt ist die Masse der Beschäftigten dran.

In der jetzt anstehenden Tarifrunde werden die Unternehmer eher auf eine Provokation ver-

# Der DGB?



*ÖTV-Streik 1992: 55,9 Prozent gegen die Annahme des Kompromisses. Doch wegen des Fehlens einer organisierten gewerkschaftlichen Opposition konnte die Führung den Streik abwürgen*

zichten, weil sie hier mit der vollen Macht der Einzelgewerkschaften konfrontiert sind, weil sie wissen, daß die Gewerkschaftsführung voll unter Druck von Erwartungen von Reallohn-erhöhungen steht und weil sie nicht durch Streiks durchkreuzen wollen. Im öffentlichen Dienst jedoch ist eine weitere Provokation der Arbeitgeber möglich.

Spätestens nach der Tarifrunde wird es erneut auf betrieblicher, lokaler und regionaler Ebene Angriffe geben. Das kann den angestauten Unmut aus den letzten Jahren zum Überlaufen bringen und lokale und betriebliche Kämpfe provozieren.

Es ist auch gut möglich, daß es bei einem miserablen Tarifabschluß bei gleichzeitiger Explosion der Gewinne zu Nachschlagsforderungen in den Betrieben kommt, die ähnlich wie in der Zeit von 1969 bis 1974 in wilden Streiks durchgesetzt werden könnten. In einer Reihe von Betrieben können sich Belegschaften so einen Teil der überhöhten Leistungen zurückholen, die ihnen in den letzten Jahren weggenommen wurden.

So wurde der Streik bei der Ostberliner BVG für 80 Prozent Wahlen im Juni 1992 „wild“ begonnen, das heißt, zunächst von den Beschäftigten selbst und nicht von der ÖTV ausgerufen.

Gerade die zunehmende Lei-

Druck am direktesten ausgesetzt sind, werden zeitweise offen in Konfrontation gegen Unternehmer und Regierung treten und die Stimmung der Basis zum Ausdruck bringen, um nicht die Unterstützung in den Betrieben zu verlieren. Allerdings könnten solche Gewerkschaftsführer wieder faule Kompromisse schließen, wenn der Druck nachläßt oder wenn ihnen die Bewegung zu weit geht. Sie werden schwanken zwischen Kompromiß und Konfrontation.

Da es trotz allen Unmuts keine organisierte Opposition in den Gewerkschaften gibt, ist es auch möglich, daß die kampfbereiten Schichten und Aktivisten die Blockade gewerkschaftlicher Gegenwehr durch Funktionäre und rechte Betriebsrätsisten nicht durchbrechen. Wenn es die gewerkschaftliche Bürokratie weiterhin schafft, Kämpfe abzuwürgen, wird sich das Gefühl der Ohnmacht verstärken. Es wird Protestausbrüche geben, das innergewerkschaftliche Leben wird zum Erliegen kommen. Das gäbe den Rechten im Apparat noch größeren Spielraum für den Ausverkauf der Mitgliederinteressen. Dies würde gemeinsame Kämpfe der Arbeitnehmer erschweren und weitere Angriffe des Kapitals erleichtern.

Andererseits würde sich großes Konfliktpotential aufbauen, spontane betriebliche Kämpfe ohne offizielle Rückendeckung würden eher ausbrechen.

## Neue Führung aufbauen

In den nächsten Monaten und Jahren werden mehr und mehr Gewerkschaften, vor allem Vertrauensleute und Aktivisten auf unterer Ebene, zu dem Schluß kommen, daß die Politik der Führung in die Sackgasse führt. Vor allem ganz neue Schichten in den Betrieben, die bisher keine Kampferfahrung aber auch keine Treue zur Führung oder zu „ihren“ Unternehmen haben, werden die Notwendigkeit erkennen, Gegenwehr zu organisieren, die Gewerkschaften wie der zum Kampfinstrument zu machen. Dieser Unmut und die Bereitschaft, die Gewerkschaft umzukrempeln, muß zusammengeführt werden. Der Schlüssel im Kampf gegen die Angriffe des Kapitals ist der Aufbau einer Klassenkämpferschen inneren Gewerkschafts-Opposition. Selbst in der Minderheit würde eine organisierte Gewerkschaftslinker einen viel stärkeren Druck auf die Führung ausüben, als dies spontaner Unmut könnte und deren Spielraum für Kompromisse und Ausverkauf einschränken. Diese Opposition müßte als zentrale Lösung die Verteidigung jedes Arbeitsplatzes, Reallohnsteigerungen, gleicher Lohn für Ost und West, Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und die Ablehnung von Flexibilisierung sowie die Demokratisierung der Gewerkschaften (siehe Forderungenkasten) aufstellen. Auf dieser Grundlage könnte der Kampf um die Mehrheit der KollegInnen in den Gewerkschaften geführt werden.

Die SAV sieht den Aufbau einer kämpferischen Gewerkschaftsopposition als eine zentrale Aufgabe für die deutsche Arbeiterbewegung an und wird ihren Beitrag dazu leisten, den Unmut der KollegInnen zusammenzufassen. ■

## Durchschnittlicher Lohn für Funktionäre

Die Ausübung der Gewerkschaftsführer mit dem System spiegelt sich auch darin wider, daß sie in den Gewerkschaften das Regime von Wirtschafft und Staatsparat übernehmen haben: Hierarchie, Bürokratie und Privilegien für die Spitze. Die Vorstände in den Gewerkschaften und Betriebsratsführer in Großbetrieben haben einen Lebensstandard wie mittlere kapitalistische Manager.

Der wegen unfairer Börsenspekulationen geschätzte Ex-IGM-Chef Franz Steinkühler gehörte zu den 0,7 Prozent der Bevölkerung, die brutto mehr als 20 000 Mark im Monat verdienen. Fast alle Gewerkschaftsvorstände gehören zu den 1,9



*Wulf-Mathies: Aus Dank für Streik-Ausverkauf EU-Kommissarin*

Prozent mit einem Brutto Gehalt zwischen 12 000 und 20 000 Mark. Sie finden das völlig normal. Sie haben kein schlechtes Gewissen, wenn ein Mitglied, das mit brutto 4000 Mark über die Runden kommen muß, 40 Mark Beitrag und ehrenamtliche Arbeit opfert um ihre Privilegien zu finanzieren.

Der Lebensstil der hohen Funktionäre führt wiederum dazu, daß sie völlig abgehoben sind und sich nicht mehr in die Lage der Mitglieder versetzen können. Beim gleichen Lebensstandard wie der Durchschnitt der Gewerkschaftsmitglieder hatten sie selbst ein Interesse an der Abwehr von Angriffen und der Durchsetzung von Verbesserungen. Das Sein bestimmt das Bewußtsein.

## Zwei wollen nach oben

Anders herum gilt, wer soviel verdient wie ein Unternehmer, der legt sein Geld an wie ein Unternehmer und für den wird die Jagd nach immer größerer persönlichen Bereicherung vor-

Privilegien abbauen, nicht den Apparat

Die DGB-Gewerkschaften bauen ihren Hauptamtlichen-Apparat ab. Bei der HBV drohen betriebsbedingte Kündigungen.

Wir lehnen die gegenwärtig unter dem Diktat von knappen Finanzen durchgeführten Sparmaßnahmen bei den politischen Sekretären und Verwaltungspersonen ab. Auf der unteren Ebene darf es zu keinem Abbau des Apparats kommen. Im Gegenteil. Es werden mehr Hauptamtliche gebraucht, um die Mitgliedschaft und vor allem die kleineren Betriebe besser betreuen zu können. Betriebsräte, Vertrauensleute und Betriebsgruppen brauchen dringender denn je Unterstützung bei der betrieblichen Arbeit.

Sparmaßnahmen müssen da anfangen, wo sie angebracht sind: bei den Spitzengehältern der oberen Funktionäre, bei Unterbringung und Tagungen in



*Ex-IGM-Chef und Börsenspekulant Steinkühler*

anzulegen, wie andere Millionäre: in Aktien. Seine Aufsichtsratsmandate als Arbeitnehmervertreter nutzte er aus, um zu erfahren, wo sein Geld am besten angelegt ist. In seiner Person als Aktionär war er Gegner von Arbeitnehmerinteressen. Seinem Rücktritt als IGM-Vorsitzender folgte der endgültige Übergang ins Unternehmerlager. Er hat es zwar trotz aller Profilerungsversuche (noch) nicht geschafft einen Traumjob als Manager in einem Großbetrieb zu bekommen oder als EU-Kommissar ernannt zu werden, hat aber inzwischen einen Beratervertrag bei einem bayerischen Textil-Unternehmer.

Nachdem Monika Wulf-Mathies auf dem Gewerkschaftskongreß 1992 bei ihrer Wiederwahl 30 Prozent Stimmen einbüßte und unter den West-Delegierten keine Mehrheit mehr hatte, sah sie ihre Karriere im Gewerkschaftsapparat gefährdet und machte lieber einen Abgang bzw. Aufstieg. Als EU-Kommissarin wird sie zum direkten Handlanger von Konzerninteressen. Wen wundert es, daß sie für ihre Bewerbung so gar die Unterstützung der Kohl-Regierung hatte. Das ist der Dank der Herrschenden für ihre Tarifpolitik der letzten Jahre, für die ÖTV-Wende in der Frage der Privatisierung und für ihr diktatorisches Übergehen der Mitgliedschaft. Der Posten der EU-Kommissarin bringt der Ex-ÖTV-Vorsitzenden auch mehr Geld ein. Statt bisher 15 800 DM 27 000 Bruttogehalt plus großzügigen Spesen. ■

Die Art, wie die gegenwärtigen Sparmaßnahmen durchgeführt werden, ist völlig undemokratisch und gewerkschaftschädigend. Sie unterscheidet sich nicht von Unternehmenswillkür bei Lohnkürzungen und Arbeitsplatzabbau.

Gewerkschaftsangesetzte und Mitglieder haben ein gemeinsames Interesse, daß diese innergewerkschaftliche Arbeitsplatz- und Lohnbaupolitik gestoppt wird. Sie müssen gemeinsam dagegen kämpfen. ■

# Sackgasse islamischer Fundamentarismus

Nach dem Zusammenbruch Osteuropas bauen die Herrscher auf den islamischen Fundamentarismus. In Frankreich wird islamischen Mädchen in der Schule verboten, Kopftücher zu tragen. Jugendliche algerischer Abstammung sind bevorzugtes Ziel von Polizeiübergriffen. Auch hier wird der Fundamentalismus von Medien und Verfassungsschutz zur neuen Gefahr für Demokratie und Freiheit ausgerufen.

## Daniel Beruhzi, Aachen

Was steckt hinter dem Anwachsen des Fundamentalismus im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika? Der Fundamentalismus ist in fast allen Ländern mit islamischer Bevölkerung auf dem Vormarsch, ob im Sudan oder im Libanon, in Pakistan, Jordanien, Indonesien oder Somalia.

In der Türkei, wo der Putschgeneral Evren und sein Nachfol-

stieg des Fundamentalismus ist die katastrophale Lage der meisten Menschen in dieser Region. Der Aufschwung der 80er Jahre in den entwickelten kapitalistischen Ländern fand zum großen Teil auf dem Rücken der „3. Welt“ statt. Durch das Absinken der Rohstoffpreise, auch für Erdöl, wurden die wirtschaftlich unterentwickelten Länder massiv ausgeblutet.

Der wirtschaftliche Druck verschärft sich mit der Rezession Ende der 80er. Kredite erhalten diese Staaten vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank nur unter hohen Auflagen. Sie werden zu Privatisierung und zum Abbau von ohnehin nur geringen Sozialleistungen gezwungen. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sind die Folge.

Von der Arbeitslosigkeit in dieser Region – meist über 25 Prozent – sind vor allem Jugendliche betroffen. Sie suchen einen Ausweg aus der Perspektivlosigkeit und den schlechter

weiterhin Profite zu machen.

Einerseits drückt der Fundamentalismus die revolutionären Hoffnungen der Massen vor allem der Jugend aus. Er erscheint ihnen als etwas Neues. Alle anderen Systeme haben in ihren Augen versagt. Andererseits ist die Führung durch und durch reaktionär. Sie rekrutiert sich hauptsächlich aus bürgerlichen und halbfeudalen Schichten. Die Ideologie des Fundamentalismus ist reaktionär. Er benutzt jedoch soziale Demagogie, um Massenunterstützung zu bekommen.

Die Fundamentalisten wollen zurück zu den (angeblichen) Fundamenten des Islam. Sie wollen einen islamischen „Gottessaat“, in dem die Scharia (islamisches Regelwerk) die Grundlage der Gesetze bildet.

## Iran: Reaktionäre Diktatur

Sein reaktionärer Charakter zeigt sich am deutlichsten dort,

gemacht. Die Mehrheit der Arbeiter und Jugendlichen ist gegen die Mullas und sucht nach einer Alternative. Eine Revolution im Iran hätte enorme Auswirkungen auf die islamistische Bewegung in anderen Ländern.

## Bürgerkrieg in Algerien

In Bürgerkrieg zwischen Fundamentalisten und der Regierung in Algerien sind seit 1992 mehr als 4000 Menschen getötet worden. Bis Mitte der 80er Jahre hatte die regierende FLN (Nationale Befreiungsfront) mit der FIS (Islamische Heilsfront) gegen die erstarrende Demokratie- und Frauenbewegung zusammengearbeitet.

Die FLN hatte das algerische Volk in einem achtjährigen Befreiungskrieg gegen Frankreich 1962 zum Sieg geführt. Aber durch Korruption, Sozialabbau und die Unterdrückung jeglicher Opposition hat die FLN ihre Autorität schon lange verloren. Als die FIS bei den Parlamentswahl-

waren in Algerien verhältnismäßig viele soziale Reformen erreicht worden. Der wirtschaftliche Zusammenbruch war für die Bevölkerung ein Schock. 1988 begehrte eine radikale Jugendbewegung dagegen auf, die jedoch vom Staat niedergeschlagen wurde. Diese Niederlage hat im Bewußtsein der algerischen ArbeiterInnen und Jugendlichen Spuren hinterlassen.

Die FIS konnte trotz ihrer reaktionären islamistischen Ideologie sehr schnell Massenunterstützung erlangen. Allerdings durchschauerten auch viele den reaktionären Charakter der FIS und lehnten sowohl die FLN als auch die FIS ab. So sind 1991 über die Hälfte der Wahlberechtigten gar nicht erst zur Wahl gegangen. Im Januar 92, nach dem Wahlsieg der FIS, nahmen über 100 000 Menschen an einer Demonstration gegen die Fundamentalisten teil. Sie riefen: „Nein zum Fundamentalismus! Nein zur Diktatur!“

## Frieden in Palästina?

Das Leben der Menschen in Palästina hat sich durch das Friedensabkommen zwischen der PLO und der israelischen Regierung nicht verbessert. Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages im September 93 sind 95 Israelis und 197 Palästinenser getötet worden.

Auch die soziale Not ist größer geworden. In Israel, wo vorher 45 Prozent der Bewohner des Gaza-Streifens eine Arbeit hatten, können heute nur noch wenige arbeiten. Von den zugesagten Hilfgeldern für die „autonomen“ Gebiete ist bisher nur ein kleiner Teil angekommen, der vor allem für die Finanzierung einer palästinensischen Bürokratie ausgegeben worden ist. Die Arbeitslosigkeit in Gaza wird auf bis zu 85 Prozent geschätzt. Die Preise sind massiv gestiegen, aber das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt immer noch bei nur 1300 Dollar (in Israel: 12 000 Dollar).

Die begrenzte Autonomie für Gaza und Jericho hat nur dazu geführt, daß jetzt palästinensische Polizei auf palästinensischer Seite und so der israelischen Armee die Arbeit abnimmt. Die palästinensische Autonomiebehörde unter Arafat hat sich gut in den Unterdrückungsapparat integriert. Viele jugendliche Aktivisten der Intifada (arabisch für Aufstand, Befreiungskampf gegen die israelische Besatzung), deren Kampf die neuen Entwicklungen überhaupt ermöglichen hat, sehen die PLO-Führung inzwischen als Verräter

## Die Grundlage für den Aufstieg des Fundamentalismus ist die katastrophale Lage der Massen. Der Aufschwung der 80er Jahre fand auf dem Rücken der „3. Welt“ statt.

katastrophal. Der Staat ist mit 27 Milliarden Dollar verschuldet. 70 Prozent der Devisen gehen in den Schuldendienst an die westlichen Banken. Auf Druck des IWF wurden Lebensmittelsubventionen gekürzt und Staatsbetriebe privatisiert. 70 Prozent sind ohne Arbeit. In den 60er und 70er Jahren



Palästina: Trotz „Friedensabkommen“ verschlechtern sich die Lebensbedingungen für die Massen in Gaza, Jericho und den besetzten Gebieten. Auf dieser Grundlage können die Fundamentalisten der Hamas weitere Unterstützung bekommen.

er Özal den Islamisten den Weg in Schulen, Unis und ins Militär ebneten und sie jahrelang erst gegen die „kommunistische Gefahr“ und dann gegen die „kurdische Gefahr“ unterstützten, feiert die islamistische PP („Wohlfahrtspartei“) Wahlerfolge. Bei den Kommunalwahlen im März 94 erhielt sie andesweit 19,1 Prozent und stellt seit der Bürgermeisterwahl von Istanbul und Ankara.

Auch in Ägypten wurden in den 70er Jahren die Fundamentalisten vom Staat als Gegenpol zum linken Aufgebauteilen Kampf gegen die Regierung. Der Staat antwortet mit Regenerterror, mit willkürlichen Entnahmen, Folter und Hinrichtungen. In den letzten drei Jahren sind fast 600 Menschen bewaffneten Auseinandersetzungen getötet worden.

## Spezialer Niedergang

Die Grundlage für den Auf-

wendenden sozialen Verhältnissen.

In der Vergangenheit hatte die Sowjetunion eine große Anziehungskraft. Überall entstanden große kommunistische Parteien. Doch die von Moskau gelenkten KPen erwiesen sich als unfähig. Die Lage der Massen zu verbessern. Mehrere gute Möglichkeiten, Revolutionen anzuführen, blieben ungenutzt. Mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Diktaturen in Osteuropa und dem Versagen der KPen hatte sich diese Alternative erledigt.

Jetzt drückt sich der Haß auf den Imperialismus und seine Marionetten in der Sprache des Islam aus. Allerdings ist der islamische Fundamentalismus nicht wirklich anti-imperialistisch. Wegen dem Druck der Massen stellen fundamentalistische Regime für den Imperialismus zwar einen destabilisierenden Faktor dar, aber sie stehen voll und ganz auf dem Boden des Kapitalismus und ermöglichen den westlichen Konzernen,

wo er an der Macht ist: im Iran. Seit der Revolution von 1979 haben dort die Mullas, die religiösen Führer, das Sagen. Die Unterdrückung ist jetzt noch schlimmer als zu Zeiten des Schah. Frauen dürfen nur mit Schleier auf die Straße gehen. Die „Revolutionswächter“ terrorisieren die Bevölkerung. Gegen das Regime werden gefoltert und hingerichtet.

Auch die soziale Situation hat sich stark verschlechtert: 15 von 60 Millionen Iranen sind arbeitslos, die Armut ist massiv angestiegen. Immer häufiger kommt es zu Revolten und Streiks. Mit brutalem Nationalismus versuchen die Herrschenden von der sozialen Katastrophe abzulenken. Im Juni 94 wurden in der Provinz Khorassan über 1000 afghanische Flüchtlinge, „Glaubensbrüder“ der Mullas, von iranischen Milizen massakriert.

Die iranische Arbeiterklasse hat bittere Erfahrungen mit dem islamischen Fundamentalismus

an.

Diese berechnigte Unzufriedenheit greift die fundamentalistische Hamas auf und bekämpft das Friedensabkommen mit Israel. Dadurch konnte sie ihre Unterstützung in der Bevölkerung der besetzten Gebiete ausbauen. Hamas, deren Aktivisten heute mit Vergeltungsschlägen auch

gegen israelische Zivilisten kämpfen, wurde Anfang 1988, nach Ausbruch der Intifada gegründet und wie die Fundamentalisten in der Türkei und Algerien zuerst vom israelischen Staat unterstützt, um ein Gegengewicht zur PLO zu bilden.

## Rückschritt für Intifada

Die Hinwendung von Intifada-Aktivisten zu fundamentalistischen Gruppen wie der Hamas ist ein Rückschritt für den Aufstand. Die Palästinenser hatten seit 1987 einen großartigen Kampf geführt und die Besetzung für Israel unhaltbar gemacht. In dieser Massenbewegung waren viele demokratische Strukturen entstanden, Jugendliche und ArbeiterInnen hatten begonnen, die Untergrund-Gesellschaft selbst zu organisieren. Palästinensische Frauen kamen vorwärts im Kampf gegen sexistische Unterdrückung.

Doch die Intifada-Aktivisten richteten die Bewegung nicht darauf aus, auch die jüdische Arbeiterklasse zu erreichen und auf der Basis von ArbeiterInnen einen gemeinsamen Kampf gegen Arbeitslosigkeit und sinkenden Lebensstandard zu führen. Dazu wäre eine bewußte sozialistische Organisation nötig gewesen.

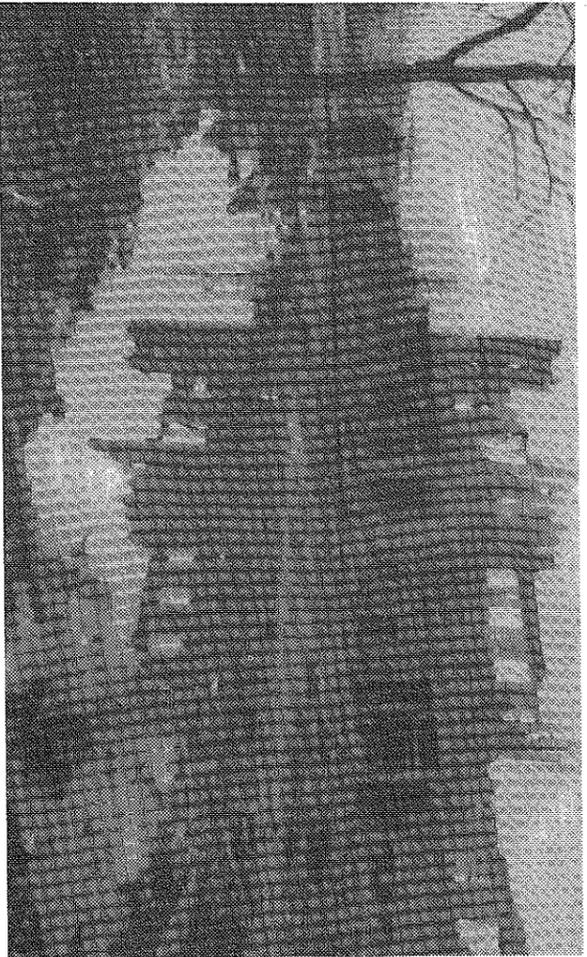
Die Stärkung der Hamas wird die ohnehin bestehende Spaltung zwischen jüdischen und arabischen ArbeiterInnen vertiefen und es schwieriger machen, Ansätze für einen gemeinsamen Kampf zu finden. Das wiederum erleichtert dem israelischen Staat, die Unterdrückung Palästinas aufrechtzuerhalten.

Auf der Grundlage weiterer Desillusionierung mit dem „Friedensprozeß“ könnte die Hamas sich weiter aufbauen. Möglich ist aber auch die Einbindung deren Führung in den Herrschaftsapparat. Die Berufung eines Hamas-Führers zum Vorsitzenden eines neuen islamischen Berufungsgerichtes durch Arafat zeigt, daß die PLO-Führung genau das versucht.

## Sozialistische Alternative aufbauen

Die radikale anti-imperialistische Rhetorik der Fundamentalisten fällt sowohl in den Shlams von Algerien als auch in den Flüchtlingslagern von Gaza auf fruchtbaren Boden. Die Massen suchen einen Ausweg aus Arbeitslosigkeit, Elend und Unterdrückung. Seit dem Niedergang des Stalinismus scheint der islamische Fundamentalismus die einzige radikale Alternative zur bestehenden Ordnung zu sein.

Doch der Fundamentalismus bietet den Massen keine wirkliche Alternative. Das zeigt sich am deutlichsten im Iran. Die Ausgebauten und Unterdrückten der Region werden erkennen, daß der islamische Fundamentalismus nicht die gesuchte Lösung ist. Es ist an der Zeit, eine starke sozialistische Alternative in dieser Region aufzubauen! Der Kampf für eine sozialistische Demokratie würde die Arbeiter und Jugendlichen gegen den Imperialismus vereinigen und einen wirklichen Ausweg aus dem kapitalistischen Elend aufzeigen. ■



Die tschetschenische Hauptstadt Grozny – vormals mit 400 000 Einwohnern – ist ein Trümmerfeld

# Krieg in Tschetschenien

Mit unglaublicher Brutalität hat die russische Armee das tschetschenische Volk überfallen. Tausende von Menschen sind durch die Bombenangriffe und Gefechte ums Leben gekommen. Für Kohl und Röhre eine „innere Angelegenheit Rußlands“.

## Geert Möbius, Köln

Der Krieg ist der erste offene Überfall des russischen Imperialismus auf eine kleine Minderheit seit dem Zusammenbruch der UdSSR. Der Charakter des Kapitalismus in Rußland wird klar: der militärisch-industrielle Komplex übt die größte Macht aus. Kapitalistischer Warenaustausch und Produktion benötigt den Einsatz diverser bewaffneter Einheiten – halbstaatliche Truppen bis hin zu Mafiahänden – ohne Bestechung, Erpressung und Ausplünderung läuft nichts. Die Kapitalisten in Tschetschenien sind in der Hinsicht keiten Deut schlimmer als Manager in Moskau oder St. Petersburg. Unlängst hat eine Sonder Einheit aus Jelzins Leibgarde – insgesamt 30 000 Mann! – einen

lästig gewordenen Medienzaren in seiner Firma umstellt und belagert, bis er bereit war, das Land unverzüglich zu verlassen. Überhaupt stellt sich die Frage der Verkommenheit einer herrschenden Klasse, deren Präsident nicht einmal so informiert ist wie die öffentliche Presse, dessen Befehle an die Luftwaffe unbeachtet bleiben und dessen Nase für alle sichtbar vom Alkoholkonsum gekennzeichnet ist.

Neben einer Machtdemonstration geht es auch um die Ölquelle und Raffinerien und die Kontrolle der Pipelines aus Aserbeidschan, wo jetzt westliche Konzerne Konzessionen erwerben. Der russische Imperialismus will in einer Region seine Ansprüche wahren, auf die der Westen, die Türkei und Iran ihre Augen geworfen haben.

Auch wenn das Ziel der Stärkedemonstration des militärisch-industriellen Komplexes so wohl gegen andere abtrünnige Völker wie auch nach innen bisher kläglich in die Hose ging, können die Militärs ihre Machtbasis erweitern. Der Chef von Jelzins Leibgarde Korschakov

gibt Premierminister Tschernomyrdin bereits Befehle bezüglich seiner Wirtschaftspolitik. Der Verteidigungsminister konnte die Defizite im Aufmarsch und der Kriegsführung nutzen, um zurückhaltende Geräte auszumetzen.

Die Moskauer Region wird scharf von Militär kontrolliert. Kaukasisch aussehende Menschen werden täglich von der Polizei schickaniert. Seltenerweise brauchen Tschetschenen spezielle Aufenthaltserchtigungen und zahlen Studiengebühren wie Ausländer Kaukasier werden zum Sündenbock und „Hort der Mafia“ erklärt.

## Düstere Aussichten

Doch das Ziel, die Moral der Truppe und ihre Autorität in der Bevölkerung zu stärken, sind kläglich gescheitert: Zur Zeit befolgen kaum 50 Prozent den Einberufungsbefehl. Als frische Truppen in Moskau zusammen gestellt werden sollten, desertierten die Rekruten scharenweise. Der höchstodiote Afghanistangeneral Lebod meinte, er würde gern eine Division nach Grozny führen, falls sie aus den Söhnen der Regierungsmittglieder und Generale bestünde.

Ein fortgesetzter Krieg und die Perspektive eines langen militärischen Engagements könnten den Zerfall jeglicher offizieller Autorität beschleunigen und die Staatsfinanzen Rußlands erschüttern. Soziale Kürzungen würden die verarmte Bevölkerung noch tiefer ins Elend stürzen, das Programm zur Inflationssenkung zur Inflation führen. Daran wiederum hängen ausländische Hilfgelder, die für den Staatshaushalt zur Zeit ent-

scheidend sind: laut *Iswestija* (zitiert im *Handelsblatt* vom 5. 1. 94) sollen 30 Prozent der Budgets für 1995 durch 13 Mrd. Dollar Hilfgelder abgedeckt werden. Die Verschärfung der sozialen Probleme – Arbeiter in Staatsbetrieben kämpfen derzeit nicht um Lohnhöhungen, sondern überhaupt um ihre Auszahlung – zusammen mit der Militarisierung – und einem Guerillakrieg könnte der zur Zeit kaum existenten Arbeiterbewegung längerfristig Auftrieb geben.

## Wie das Morden stoppen?

Wir unterstützen das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung unabhängig von bürgerlich-völkerrrechtlichen Spitzfindigkeiten. Eine offene Niederlage der russischen Invasoren würde den unabhängigkeitkampfer aller unterdrückten Völker der Region unterstützen und das Regime in Rußland schwächen.

Allerdings unterstützen wir nicht die Regierung Dudajew. Die Herrschenden in Tschetschenien wollen ihre kapitalistischen Beuteerträge lediglich ganz für sich behalten. Die Lage der Bevölkerung wird sich durch kapitalistische Unabhängigkeit nicht verbessern.

Der brutale Überfall Rußlands hat in Tschetschenien nicht nur

den Nationalismus gestärkt, sondern es gibt viele Anzeichen für ein Anwachsen des islamischen Fundamentalismus schon während des Kampfes um Grozny.

Die Beendigung des Mordens hängt davon ab, ob sich die Arbeiterbewegung in Rußland erholt. Eine machtvolle Bewegung der Arbeiterklasse könnte den Krieg stoppen.

Die imperialistische Gelüste des russischen Regimes können allerdings nur durch den Sturz der neo-kapitalistischen Herrschaft beendet werden. Auch die „demokratischen“ Kriegskritiker sprechen nicht gegen die materiellen Interessen des russischen Kapitalis in Tschetschenien, sie fordern lediglich eine Verhandlungslösung.

Jelzin selbst galt mal als Retter der Demokratie und Pressefreiheit. Der Druck der materiellen Zwänge eines außer rückständigen Kapitalismus in einem umkämpften Weltmarkt bringt die Mittel der Politik hervor, die wir jetzt beobachten. Moralisch sauberere Politiker als Jelzin können sich dem auf kapitalistischer Grundlage dauerhaft nicht entziehen.

Auch wenn wir unterdrückten Nationalitäten das Recht auf Abspaltung zubilligen, so sind wir deshalb keine generellen Befürworter von Abspaltungen. Die arbeitende Bevölkerung der verschiedenen Nationen muß gemeinsam ihre kapitalistischen Herrscher stürzen und demokratisch beschließen, in welcher Form sie für die Verbesserung ihrer Lebensqualität zusammenarbeiten.

## Innere Angelegenheit

Geht es um westliche Kapitalinteressen, sind die Regierungen mit Maßnahmen zum „Schutz der Demokratie und kleiner Völker“ schnell bei der Hand. So in Kuwait, Haiti, Somalia, Panama ... Die Anerkennung von Slowenen und Kroaten ging zügig von statten.

Statt in klägliche Moralpredigten zu verfallen, begründen sie jetzt die Unmöglichkeit jeglichen Eingreifens. Laut Kohl, und Kinkel handelt es sich um ein „inner-russisches Problem“, die russische Regierung würde sich bloß in ihren Mitteln vergräben. Kohl ernannte seinen Sauna-Freund Jelzin zur „Zurückhaltung“ im Krieg. Wieviele Tote waren denn akzeptabel?

Das *Handelsblatt* vom 5. 1. 95 erläutert: „Tschetschenien ist nach wie vor ein sog. autonomes Föderationssubjekt in der russischen Föderation. Ein Austritt ist nur im Einvernehmen mit der Zentralregierung möglich. ... Folglich handelt die russische Regierung rechtens, wenn sie sich der einseitigen Aufkündigung des Föderationsvertrages widersetzt. Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel ist, so makaber es auch klingt, völkerrechtlich zweifelsfrei.“

Die Rechte der Minderheiten sind in der Föderation de jure gewährleistet, die Tschetschenen genießen Autonomie. Und hinsichtlich der Menschenrechte muß berücksichtigt werden, daß Dudajew die Rolle des Aggressors zugeordnet werden muß. Er praktiziert einen von der OSZE geachteten aggressiven Nationalismus“ und ist damit ursächlich dafür verantwortlich, daß seine Landesteile tödlicher Kriegsgeschehen ausgesetzt sind.“

„Vergessen“ wird, daß Tschetschenen sich ähnlich wie Rußland nach dem Putsch 1991 von der Sowjetunion für unabhängig erklärt und den Föderationsvertrag mit Rußland nie unterzeichnet hat.

wußsein der Arbeiterbewegung hat wieder Aufwind bekommen.

## Wer regiert?

Die Regierung ist gestürzt, doch keine Alternative ist in Sicht. Zur Zeit versuchen Präsident Scalfaro und Berlusconi Ex-Finanzminister eine „parteiübergreifende Technokratenregierung“ zu bilden. Nach dem Motto: „Alles ist möglich“, suchen sie verzweifelt eine stabile Lösung, doch die gibt es nicht.

Die PDS besteht an einer Koalition aus PDS, Lega Nord und PPI (den alten Christdemokraten). Sie diskutieren sogar eine Übergangsregierung mit allen



## Afghanistan

1979 marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan zur Stärkung der Regierung ein. Der Westen schrie Zeter und Mordio, als die Armee gegen die islamistischen Widerstandskämpfer, die Mudschahedin, vorging. Der Westen startete diese „Freiheitskämpfer“ mit den modernsten Waffen und Geld aus.

Seit dem Abzug der Roten Armee hört man immer weniger von Afghanistan. Dabei ist die Lage schlimmer als je zuvor. Die Russen sind weg, aber die Mudschahedin und ihre Waffen sind noch da. Eine Regierung gibt es faktisch nicht mehr. Am Kampf um die Macht sind die Truppen des Präsidenten Rabbani und seines Kontrahenten Hekmatiar sowie andere Banden beteiligt. Die Hauptstadt Kabul ist durch monatelangen Beschuß fast vollständig in Schutz und Asche gelegt. Die Lager für die 700 000 Flüchtlinge, die die ehemalige 1,5-Millionen-Stadt Kabul verlassen haben, sind vom UN-Flüchtlingswerk nur unzureichend ausgerüstet.

Ein rasches Ende dieses Krieges ist, im Tagesschau-Jargon gesprochen, nicht abzusehen. Würde es von den Herrschenden im Westen überhaupt bemerkt?

## Mexiko

In den letzten Jahren ging es bergauf, die Währung, Peso, stabilisierte sich, die Inflation sank. Doch in der letzten Zeit wurde die polnische Stabilität durch den Aufstand der Zapatisen in der Provinz Chiapas gestört. Trotzdem wurde Mexiko im Mai 94 Mitglied der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Doch im Dezember 94 kam es zu einer Finanzkrise, verursacht durch den Rückzug vieler Investoren vom mexikanischen Markt.

Die erst wenige Wochen amtierende Zedillo-Regierung erweiterte die Bandbreite des Peso-Wechselskurses, der daraufhin um 40 Prozent fiel. Erste Reaktionen waren der Rücktritt des Finanzministers und die Vorbereitung eines Hilfspaketes der G 7 (die sieben reichsten Industriestaaten), das nach mexikanischen Angaben 10 Milliarden Dollar umfassen soll. Zudem soll „Wachstum für Stabilität geopfert werden“, so eine Finanzzeitung.



Russische Verluste sind Staatsgeheimnis

# Italiens: Der heiße Herbst 94

Ende November gab sich Berlusconi noch siegesicher: das Problem wird ausgesetzt, die Renten werden gekürzt! Am 22. Dezember ist er endlich zurückgetreten, das „italienische Wunder“ hat sich in Luft aufgelöst.

## Mirjam Alberti, Köln

Sechs Monate nach ihrem Wahlsieg stand die rechte Regierung der größten Bewegung seit 1969 gegenüber. Generalsekretärs gab es in Italien öfter, doch am 14. September hat man auch die Vorbereitungen gemacht. Es war nicht wie sonst eine reine Gewerkschaftsaktion, sondern eine große Machde-

monstration. In 90 Städten sind Arbeiter, Schüler und Studenten gemeinsam auf die Straße gezogen. „Ihr könnt 5, 10, 100 Generalsekretärs machen, die Regierung wird hart bleiben“, so Berlusconi Antwort. Bei der landesweiten Demo in Rom kamen am 12. November 1,5 Millionen zusammen.

Für den 2. Dezember wurde der nächste Generalstreik vorbereitet. Die Herrschenden bekamen Schiß. Die Gewerkschaftsführer der CGIL, CISL und UIL handelten mit der Regierung einen Kompromiß aus und konnten den Generalstreik in letzter Minute abblasen.

Angesichts der Arroganz Ber-

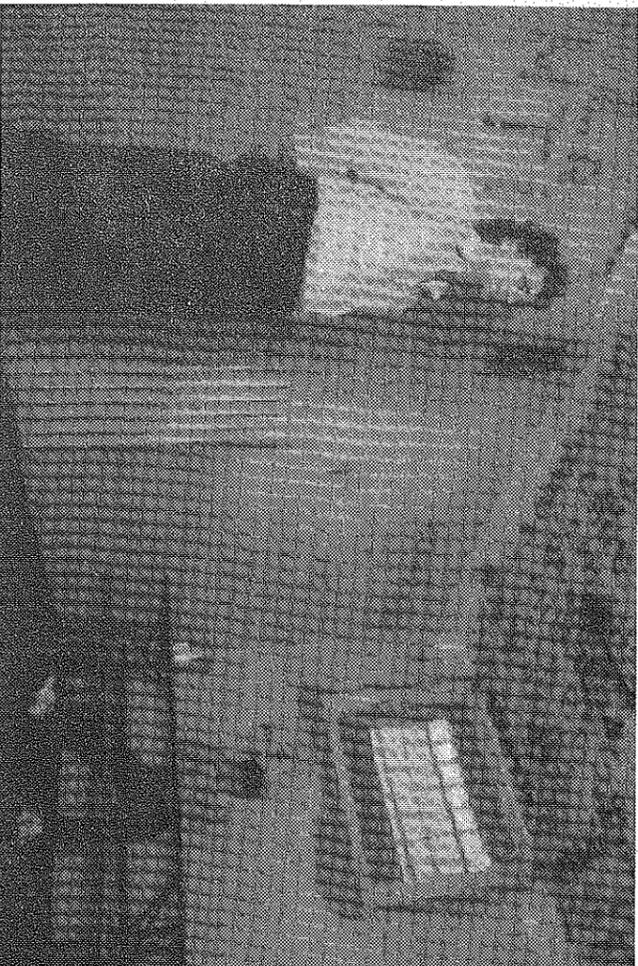
lusconi ist der Kompromiß ein Sieg, die Regierung mußte einen Schritt zurück gehen. Die brutalsten Kürzungen wurden ausgesetzt. Allerdings soll das Rententaler weiterhin angehoben werden.

## Generalstreik der Jugend

So führten die SchülerInnen und Studierenden alleine, ihren Generalstreik durch. In ganz Italien gab es Demos von 10 000-20 000 Leuten. „Wir werden so lange weiterkämpfen, bis wir unsere Forderungen durchgesetzt haben! Das es geht, haben wir ja jetzt gesehen.“

Unter den Aktivisten der Ge-

# Weg mit den Abschiebeknästen



Bis zu 18 Monaten verbringen Flüchtlinge in Deutschland in Abschiebehäft. Ihre Haftbedingungen sind oftmals mieser als in normalen Gefängnissen

Die Zahl der Abschiebungen steigt. Immer mehr Menschen werden vorher in „Abschiebeknästen“ genommen, das heißt, ins Gefängnis gesteckt. Die Möglichkeit, daß sie un-tertauchen könnten, ist das „Vergehen“, weswegen sie bis zu 18 Monaten unter menschenunwürdigen Bedingungen eingesperrt sind.

**Jörg, JRE-Mitglied, Mönchengladbach**

Laut Bundesinnenministerium wurden 1993 mehr als 36 000 Menschen abgeschoben. Dies war eine Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr. Diese Zahl berücksichtigt nicht Flüchtlinge, die aufgrund der neuen Drittstaatenregelung schon am Flughafen oder an der Grenze abgeschoben wurden. Im 1. Halbjahr 1994 wurden über 15 000 abgeschoben.

Zur Zeit sitzen allein in NRW 1500 Flüchtlinge in „Gewahrsam“ und warten auf die Deportation, viele davon in eigens dafür gebauten Abschiebegefängnissen. Das einzige „Vergehen“, dessen sie sich schuldig gemacht haben, ist ihre Flucht vor Hunger, Kater, Krieg und Verfolgung und die Hoffnung auf ein besseres Leben in Deutschland. Rechtliche Grundlage für ihre Inhaftierung ist das Ausländergesetz, das zum Beispiel Flüchtlingsen, die nach Ableh-

## Zur Zeit sitzen in NRW 1500 Flüchtlinge in „Gewahrsam“ und warten auf die Deportation, viele davon in eigens dafür gebauten Abschiebegefängnissen.

nung ihres Asylbegehrens die BRD nicht verlassen wollen oder können, mit bis zu 18 Monaten Haft bestraft.

### Umsonst ist nur der Tod

Neu ist, daß den Abschiebehäftlingen von der Bezirksregierung Hannover für jeden Tag ihres Aufenthalts in der Justizvollzugsanstalt 116 DM in Rechnung gestellt werden. Wenn Flüchtlinge kein Geld haben, werden ihnen, soweit vorhanden, Wertgegenstände abgenommen. Bekantigt worden ist der Fall eines Tunesiers, der fünf Jahre in Deutschland gelebt und gearbeitet hatte und über Ersparnisse verfügte. Ihm hat

die Bezirksregierung gleich zu Beginn der Abschiebehäft eine Rechnung für vier Haftwochen ausgestellt. Der Tunesier wurde vor Ablauf der Frist abgeschoben. Der restliche Betrag wurde nach amtlichen Angaben für Abschiebebegleitung verwendet. Das niedersächsische Innenministerium unterstützt die Bezirksregierung Hannover mit dem Argument, daß für Zwangsmittel nun einmal gezahlt werden müsse.

Die Haftbedingungen sind oftmals schlechter als im „normalen“ Strafvollzug:

- Pro Tag dürfen sich die Gefangenen maximal eine Stunde auf dem Gefängnishof aufhalten
- Die Zellen sind mit 2-6 Personen überbelegt. Jeder Person stehen maximal 4 m<sup>2</sup> zur Verfügung
- Ärztliche Betreuung erhalten die Flüchtlinge einmal pro Woche
- Es fehlen DolmetscherInnen
- Für durchschnittlich 40-50 Menschen steht nur ein Pfleger zur Verfügung

Bei „Ungehorsam“ droht den Gefangenen die Streichung des Hofgangs und der Fernsehnutzung, Haft in Einzelzellen oder der Entzug der Besucherlaubnis. Dieser Behandlung sind wohlgenährt nicht straffällig gewordene Menschen unterworfen, sondern Flüchtlinge, deren einziges „Vergehen“ darin be-

kamera beobachten Wächter das Verhalten des bis zu drei Tage bei ständig brennender Neonröhre gebunkerten Gefangenen. Widersetzt sich jemand dieser Behandlung, so berichten Gefangene, wird er mit dem Wassererschlauch, dem Feuerlöcher oder mit Trängengas in die Enge getrieben. Viele Flüchtlinge halten der unmenschlichen Behandlung in den Abschiebeknästen nicht stand und versuchen sich umzubringen.

1994 gab es acht bekanntgewordene Selbstmorde. Wieviele soll es noch geben?

In den Abschiebeknästen Kassel, Leverkusen und einigen anderen haben sich die Inhaftierten im Frühjahr/Sommer vergangenen Jahres gemeinsam gewehrt und revoltiert. Algerische Gefangene in Leverkusen forderten vor Verzweiflung sogar, möglicherweise schnell in ihr Heimatland abgeschoben zu werden, um nicht länger im Knast sitzen zu müssen. Alle Revolten wurden mit massiver Polizeigewalt zerdrückt, in Kassel durch die „Anti-Terror-Truppe“ GSG 9.

Die Funktion von Abschiebeknästen beschränkt sich nicht nur darauf Flüchtlinge, die Asyl beantragt haben, nach Ablehnung bis zur Abschiebung unter Kontrolle zu halten. Zunehmend sind auch andere Nicht-Deutsche betroffen. Ausländische Drogenabhängige mit oder ohne Aufenthaltsberechtigung werden aus der Entziehungskur geholt und in Abschiebehäft gebracht.

Über den Umweg Abschiebehäft werden auch die Bedingungen in den Gefängnissen insgesamt verschlechtert. Im größten Knast, im oswertfälischen Büren, wurden neue Maßstäbe gesetzt. Zum erstmalig sind dort neben staatlichen Gefängnisangehörigen auch von privaten Sicherheitsdiensten im Einsatz. Das soll ausgedehnt werden, der Strafvollzug soll nach Plänen der Bundesregierung privatisiert werden. In den USA ist heute die Straf-Industrie eine der wenigen Wachstumsbranchen. Flotierende „Sicherheitsunternehmen“ haben ein Interesse daran, daß immer Nachschub vorhanden ist, um die Knäste zu füllen und dafür vom Staat Geld zu bekommen. In den USA sitzen heute mehr schwarze junge Männer im Gefängnis als im College.

### Widerstand wird gebrochen

Individuellen Widerstand bricht die Justiz ohne großes Aufsehen. Einige der Abschiebegefängnisse verfügen über sogenannte „B-Zellen“. „B“ steht für „Beruhigung“. Diese „Beruhigungszellen“ sehen in etwa so aus: Großer, kariger Raum. Mitten im Betonboden ein Metallloch, welches zur Verrichtung der Notdurft vorgesehen ist. Neben dem Metallloch befindet sich eine Matratze. Mit einer Video-

### Nazi-Szene

# Wachsam bleiben!

Anschläge gegen Ausländerinnen und Linke sind leicht zurückgegangen, Nazi-Aufmärsche beherrschen nicht mehr die Schlagzeilen – kein Grund, die Gefahr des Terrorismus von rechts zu verharmsuchen.

**Claus Ludwig, Köln**

In Sachsen-Anhalt gibt es einen gegenläufigen Trend: die Zahl der fremdenfeindlichen Delikte hat sich letztes Jahr mit 166 Taten im Vergleich zu 1993 fast verdoppelt. Hintergrund ist nach Recherchen des Journalisten Eberhard Seidel-Pielen der Aufbau eines überregionalen faschistischen Netzwerks in diesem Bundesland.

Viele Nazi-Kader sehen spektakuläre Aktionen zur Zeit nicht als sinnvoll an. Sie setzen auf eine Umgruppierung, um mögliche Organisationsverbote zu umgehen und die Verbindungen der verschiedenen Organisations- und örtlichen Gruppen zu stärken.

Eine Tendenz bei dieser Umgruppierung ist der Aufbau von sogenannten „Wehrsportgruppen“. Teile der Nazi-Szene betreiben sich durch militärische Ausbildung und Waffenbeschaufung auf ernsthafte terroristische Aktivitäten vor, professioneller und effektiver als die zwar brutalen, aber amateurhaften Anschläge von 1992/93.

Ein Mitarbeiter des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzs veröffentlichte ein Papier, in dem er schrieb, daß faschistische Gruppen für geplante Terror-Aktionen auf ein Potential von 2000 Nazis zurückgreifen können.

### Morde an Linken

Trotz des Rückgangs der Nazi-Übergriffe finden immer wieder blutige, auch tödliche Anschläge statt. Im November wurde in Rothenburg bei Fulda der 19-jährige

### Berlin-Marzahn

# JRE aktiv gegen militante Neonazis

Nachdem Republikaner und DVU bei der Bundestagswahl kläglich gescheitert sind, gab es viele Linke Entwarnung. Daß dies ein Fehler war, zeigt ein Ereignis wie der Tod zweier Antifaschisten in Chemnitz und Rothenburg.

Militante Nazis machen vor allem in Ostdeutschland mobil. Ihre Kader schwärmen aus, versuchen Stadtteil für Stadtteil, Jugendclub für Jugendclub zu erschließen. Auch die Wülfahrt dieser Ratten an den Schulen hat in den letzten Monaten zugenommen.

**Jugend gegen Rassismus in Europa** – JRE nimmt den Kampf dagegen auf. Uns ist klar, daß wir einen systematischen und organisierten Kampf gegen die faschistischen Kader führen müssen. Der Haß und die Frustration einiger AntifaschistInnen verleitet sie dazu, den Kampf einseitig auf die Straße

zu verlagern und sich mit jungen Nazis Schlachten zu liefern. Dies kann aber nur ein Teil des Kampfes sein.

Die PDS in die Pflicht zu nehmen ist ein Punkt unserer Kampagne.

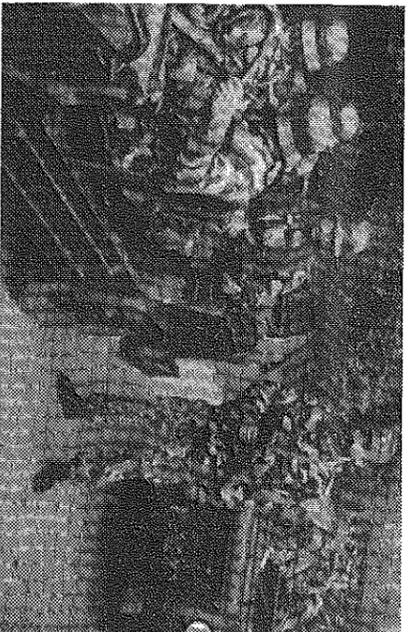
Ein weiterer Schwerpunkt dieser Kampagne wird es sein, die „normale“ Bevölkerung darüber aufzuklären, was in den Jugendclubs los ist und sie darauf anzusprechen, sich an Demonstrationen und anderen Aktionen zu beteiligen. Denn das Bild von Randalen zwischen „Jugendbanden“ zerstört unser eigenes Anliegen: Nazis raus aus unseren Jugendclubs, raus aus unseren Stadtteil.

Durch die Mobilisierung breiter Schichten können die Linken aus der Defensive ausbrechen und den antifaschistischen Kampf ausdehnen. JRE Marzahn arbeitet mit Hochdruck an der Vorbereitung dieser Kampagne. Genaueres in der nächsten VORAN.

**Oben rechts**  
Trotz des Rückgangs der Nazi-Gewalt und der Wahlunterstützung für die Schlops- und-Kragen-Faschisten ist der Ansatz zur Spaltung zwischen Deutschen und AusländerInnen nicht beseitigt. Durch die Verschärfung von Ausländer- und Asyl-

Rechtungen gegen Sozialabbau und sinkenden Lebensstandard zu, ist auch eine neue Hetz-Offensive von oben möglich. Auf dieser Grundlage würden auch die terroristischen Nazis wieder stärker aktiv werden, ihre Organisationskraft ist heute stärker als 1991.

■ Doch auch die antifaschistische Bewegung hat seitdem viele Erfahrungen gemacht und wird in der Lage sein, den Faschisten massiv entgegenzutreten.



Wehrsportgruppe Hofman (1976): Teile des Nazi-Spektrums bereiten sich auf ernsthafte terroristische Aktivitäten vor.

Die PDS in die Pflicht zu nehmen ist ein Punkt unserer Kampagne.  
Ein weiterer Schwerpunkt dieser Kampagne wird es sein, die „normale“ Bevölkerung darüber aufzuklären, was in den Jugendclubs los ist und sie darauf anzusprechen, sich an Demonstrationen und anderen Aktionen zu beteiligen. Denn das Bild von Randalen zwischen „Jugendbanden“ zerstört unser eigenes Anliegen: Nazis raus aus unseren Jugendclubs, raus aus unseren Stadtteil.  
Durch die Mobilisierung breiter Schichten können die Linken aus der Defensive ausbrechen und den antifaschistischen Kampf ausdehnen. JRE Marzahn arbeitet mit Hochdruck an der Vorbereitung dieser Kampagne. Genaueres in der nächsten VORAN.

**Pawel, JRE-Mitglied, Berlin-Marzahn**

## Interview mit GdEd-Jugend-Vorsitzenden, Bez. Essen



Proteste in Cottbus am 28. November gegen den geplanten Abbau von 60 000 Stellen im Osten

# Total verzettelt!

In einem Interview mit **VORAN** nimmt Christian ??, Vorsitzender der Eisenbahner-Gewerkschaftsjugend im Bezirk Essen, Stellung zum Übernahme-Kahlschlag bei der Bahn AG. Das Interview führte Torsten Sting aus Stegen.

**VORAN:** Fast jeder sechste Ausbildungsplatz in Deutsch-

land ist gestrichen worden. Wie sieht es bei der Bahn aus?

**Christian:** Von den jetzt 6000 ausstehenden Azubis werden 3500 definitiv nicht übernommen! Von den restlichen 2500 werden die 1500 „Besten“ übernommen und der „dumme Rest“ darf zum Arbeitsamt gehen. Darüberhinaus werden bis Ende 1997 30 Prozent der Ausbil-

der anderen Jahrgänge wurden außen vorgelassen. Darüberhinaus wurde alles un-terlassen, um den Kampf für die Übernahme der Azubis auf eine breitere Basis zu stellen. So wurde es unter sagt, daß andere Gewerkschaften informiert wer-den. Dies sei eine Bahnanlegen-heit, so die Führung. Ich und viele andere Azubis sind der Meinung, daß man gewerk-schaftsübergreifend gegen den Kahlschlag der Unternehmer kämpfen muß.

**Was sind die Gründe für die Misere der Bahn?**

Zweifellos ist das Verschär-beln des Staatsunternehmens Bahn an die Privatindustrie für den Abbau verantwortlich. Nicht die breite Versorgung für die Benutzer, qualifizierte Aus-bildung sowie gesicherte Jobs, sondern die Profitinteressen der Unternehmer sind wieder einmal entscheidend.

**Welche Veränderungen sind notwendig?**

Als erstes müssen sich die Ge-werkschaften ändern. Momen-tan denken die Funktionäre als erstes an ihre Pöschchen und ihre materiellen Vorteile. Das muß sich ändern. Deshalb teile ich die Auffassung der SAV, daß Gewerkschaftsfunktionäre nur noch einen Facharbeiterlohn be-kommen sollten und jederzeit abwählbar sein müssen. Dann können die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterbewegung gegen die Unternehmenschaft werden. ■



Bereits seit 1989 wird gegen die katastrophale Lage gekämpft

## Sparen auf Kosten der Gesundheit

**Rationalisieren und privatisieren** gilt auch im Gesun-dheitsbereich. Minister Seehoff will dafür sorgen, daß mehr Operationen ambulant durchgeführt werden und Pa-tienten nach Operationen möglichst schnell das Kran-kenhaus verlassen. Die Pflege danach soll stärker auf Ange-hörige verlagert werden.

**Andrea Esser, ÖTV-Mitglied, Würselen**

Schon jetzt fühlen sich Ange-hörige, die ja nicht medizinisch ausgebildet sind, mit der Versor-gung überfordert. Auf kritische Äußerungen von Seiten der Ärz-te und des Pflegepersonals wird nicht reagiert. Im Gegenteil: Den Ärzten wird „Raffgier“ vor-geworfen und das Pflegeperso-nal hat sowieso nichts zu mel-den.

Krankenhäuser, die ambulante Operationen (z. B. aus Mangel an Räumlichkeiten) nicht durch-führen können, müssen ganze Stationen schließen. Da in die-sen Krankenhäusern dann weni-ger Patienten behandelt werden können, ist es nur eine Frage der Zeit, wann diese ganz Häuser

geschlossen werden müssen.

Auch Arbeitslosenzahl wird die Folge sein, da geringere Bet-tenbelegungszahlen eine Strei-chung von Planstellen bedeuten. Da es bei dem Pflegepersonal einen massiven Mangel an Per-sonal gibt, bedeutet das nicht, daß es Kündigungen gibt. Aber es werden keine neuen Kräfte eingestellt. Die Pflege der Pati-enten in den Krankenhäusern wird sich also qualitativ nicht verbessern. Das Gegenteil ist der Fall.

Immer mehr wird auf Leute aus Krankengemeinschaften gesetzt. Dort werden Leute aus-gebildet, die keine geeignete schulische Qualifikation für den Besuch einer Pflegeschule ha-ben. Begründet wird dies damit, daß sich zu wenig Schulabgän-ger für einen Pflegeberuf ent-scheiden. Tatsache ist aber: die nicht voll ausgebildeten Arbeits-kräfte sind billiger. Es besteht die Gefahr, daß in Zukunft nur noch eine Krankenschwester bzw. ein Krankenglied auf ei-ner Station für das Handeln ei-ner großen Anzahl von weniger ausgebildeten Kräften verant-wortlich ist. ■

## Tarifknacker, die Erste

# Stimmt ÖTV

## Lohnverzicht zu?

Nur eine Woche nach Be-ginn der Streiks der Bus- und BahnfahrerInnen in Nord-rhein-Westfalen, an deren mehrere Zehntausend Anfang Dezember beteiligt waren, war der Konflikt vorbei.

**Fiz Garvie, Köln**

Arbeitgeber- und ÖTV-Ver-treter erklärten beide, mit dem Ergebnis zufriedened zu sein (über Hintergründe und Arbeitskampf berichten wir in VORAN 166).

Da kann doch was nicht stim-men? Das Ergebnis ist typisch für die heutigen Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen. Aus Sicht der Arbeiterschaft wird je-des kleine Zugeständnis mit Ab-strichen woanders erkauft.

Die ÖTV frohlockte in einer Presseerklärung am 7. Dezem-ber: „ÖTV setzt sich durch! Kein Lohnabzug im öffentlichen Dienst!“ Tatsache ist, daß die Tarifverträge vorerst unverän-dert in Kraft bleiben und daß ein Paragraph zur „Besitzstands-wahrung“ für die jetzigen Fahr-erInnen abgeschlossen wurde.

Im Januar soll jedoch weiter verhandelt werden. Die ÖTV räumte ein, daß „dabei ... mög-licherweise auch Lohnabstriche zur Diskussion stehen ... Kön-nen“ (Köhler Stadtanzeiger, 8. 12. 95).

**Spaltungsansatz**

Den Arbeitgebern ging es nicht um die Löhne der jetzt Be-schäftigten, sondern – wie be-reits in der chemischen Industrie praktiziert – um Einstiegsloh-ne unter Tarif für zukünftige Einzu-seitende. Der Geschäftsführer der kommunalen Arbeitgeber-verbände ließ alsbald die Katze aus dem Sack: „... nur durch die

## Tarifknacker, die Zweite

# Bundeswehr: Niedriglohn-Aufgebot

Das letzte Aufgebot be-kommt den Marschbefehl: Der Tauglichkeitsgrad T 7 wird bei der Musterung ein-geführt. Die so Gemusterten sollen an die Schreibstüben-Front verschickt werden – da-mit die Bundeswehr bei den Zivilbeschäftigten sparen kann.

**Klaus, Berlin**

Wehrtauglichkeit! Damit wird die Einführung einer neuen Musterungsregelung begründet. Die neue Regelung sieht vor, daß auch diejenigen Krieg spie-len dürfen, die vorher aufgrund von Schädigungen am Skelett oder durch andere gesundheitli-che Einschränkungen ausgenu-tert wurden und weder Militär-noch Zivildienst leisten mußten. Sie müssen zwar keine Grund-ausbildung machen, aber die Gefechte werden für sie vom Manövergelände in die Schreib-stube verlegt.

Warum diese neue Regelung? Um „Wehrtauglichkeit“ her-beizuführen, weil sich die Sol-daten ungerecht gegenüber den Untauglichen behandelt fühlen? Reine Heuchelei! In mei-ner Wehrdienstzeit haben wir uns über schlechte Verpflegung, mangelhafte ärztliche Behand-lung, lächerlichen Sold, Vorge-

setzenwillkür und mangelhafte Mitbestimmungsrechte be-schwert, aber nicht darüber, daß der oben genannte Personen-kreis als untauglich eingestuft wurde!

Der wahre Grund für die neue Musterungsregelung liegt zum einen darin, daß ein Wehrdienst-leistender viel billiger als eine ausgebildete Sekretärin ist und zum anderen darin, daß die vor-her Zivilbeschäftigten, die von nun von den untauglichen Sol-daten ersetzt werden sollen, im Gegensatz zu den Soldaten ei-nen Personalrat wählen und ge-werkschaftlich tätig sein dürfen. Genau das will die Bundeswehr als Arbeitgeber künftige un-erhöhlen. Zivilbeschäftigte, die ÖTV und die Soldaten sollen gegen diese Machenschaften Widerstand leisten.

- ★ Keine Ausbildung der Tarif-autonomie durch Besetzung von freierwerbenden Zivilstellen mit Wehrpflichtigen
- ★ Statt neue Waffensysteme und Auslandsstütze zu finan-zieren, muß das Geld für die so-zialen Belange der Soldaten und Zivilbeschäftigten ausgegeben werden
- ★ Streikrecht und Recht auf ge-werkschaftliche Organisation für alle Soldaten

## unser Standpunkt Zweitregister: Streik wäre besser gewesen

Die Erfahrung zeigt, daß dem, daß ich jegliche Verpfle-sich die Unternehmer von Ap-pellen und Protesten allein nicht beeindruckt lassen. Auch die von der ÖTV ange-strebte Verfassungsklage läßt nicht viel hoffen. Sie kann erst erfolgen, wenn das Zweitregi-ster beschlossen ist. Außer-tem haben bundesdeutsche Gerichte in den letzten Jahren bei arbeitsrechtlichen Urteilen fast immer für die Unterneh-mer und gegen die Arbeiter ‘Recht gesprochen’ ... Das wirksamste Mittel gegen das Zweitregister ist ein Streik al-ler Seeleute auf deutschen Schiffen.“ (Aus dem Flugblatt „Streik ist die beste Waffe“ der VORAN-Ortsgruppe Bre-menhaven, Dezember 1988).

Für diese Feststellung be-durfte es keines Propheten. Es mußte für jeden nicht mit völ-liger politischer Blindheit Ge-schlagenen klar sein, was pas-sieren würde, auch für die Führung der ÖTV.

Am 10. Januar 95 hat das Bundesverfassungsgericht die Klage von ÖTV, DAG und den Ländern Bremen und Schleswig-Holstein abgewie-sen und das Zweitregister den „modernen Sklavenhandel“ auf deutschen Schiffen, für verfassungsgemäß erklärt.

Arbeitsverträge wie der fol-gende eines indischen See-mannes wurden damit für rechtens erklärt (Auszüge): „Ich bestätige, daß ich von Beruf aus Seemann bin und aus freien Stücken auf dem Schiff angeheuert habe. Daß ich eine Monatssteuer von 250 Dollar (375 Mark) gefordert und akzeptiert habe, plus ei-nen US-Dollar pro Überstun-de. Daß ich die ersten sechs Monate keine Heuer nehmen würde ... Ich versichere außer-

dem, daß ich jegliche Verpfle-gung annehmen werde, die an Bord angeboten wird, und daß ich mich an keinerlei gewerk-schaftlichen Aktivitäten betei-ligen werde. Ich versichere, daß ich weder vom Schiff flie-hen, noch das Schiff ohne Ge-nehmigung verlassen werde.“

Die im Zweitregister einge-tragenen Schiffe dürfen aus-ländische Seeleute zu den Löhnen und Arbeitsbedingun-gen ihrer Heimatländer be-schaffen. Die Schiffseigen-sichern so ihre Profite auf Ko-sten der in Deutschland leben-der Seeleute, die keine Arbeit mehr finden und auf Kosten der philippinischen, chinesi-schen oder indischen Kolle-gen, die zu Apartheidlöhnen fahren müssen.

Die Wut der Seeleute war 1988/89 sehr groß. Die Schif-fahrt war die erste Branche, in der per Brechstange das Lohn-niveau gesenkt wurde. Eine Mobilisierung der Seeleute, der Hafen- und Werftarbeiter wäre zu diesem Zeitpunkt möglich gewesen, um den An-fängen zu wehren.

Die ÖTV vermied es, die Frage des Zweitregisters mit den 9er Tarifrunde in der Schiffahrt, bei der es zu Streiks kam, zu verbinden und orientierte auf die in weiter Ferne liegende Verfassungs-klage.

Für die Seeleute ist es heute fast schon zu spät. Doch für andere Branchen müssen die Lehren gezogen werden. Sei-denschaftsführung mächtig mit der Verfassungsklage droht, hofft nicht auf milde Richter, auf einsichtige Politiker oder bessere Zeiten. Verlaßt Euch nur auf Eure Kampfkraft. ■

# VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

Nr. 167 Februar 1995

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

**Die Zeitung  
gegen Kohl  
und Kapital**



VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln  
Gebühr bezahlt Postamt Köln 1, Postvertriebsstück G10321 E

# Abschieben Stoppen Stopp



*Abschiebung: Nicht nur bei Drohung von Folter und Tod für die Betroffenen eine menschliche Katastrophe*

„Bei unserer Anhörung durch den BGS wurden wir gefragt, ob wir im Sudan in Sicherheit gelebt hätten. Daraufhin haben wir geantwortet: Wenn wir dort sicher gelebt hätten, wären wir nie nach Deutschland gekommen. Warum der somalische Dolmetscher übersetzt: Ja,

Der Berliner Haftrichter Thurn entscheidet im 3-Minuten-Takt über die Inhaftierung

- ★ **Sofortiger Abschiebestop**
- ★ **Bleiberecht für alle**
- ★ **NEIN zur Abschiebehaft**
- ★ **Abschaffung der Sondergesetze gegen AusländerInnen**
- ★ **Gemeinsamer Kampf von Deutschen und Nicht-Deutschen für Arbeit, Ausbildung und Wohnung für alle**

von Flüchtlingen (Junge Welt, 21. 10. 94). Ehepaare werden getrennt inhaftiert und abgeschoben, ohne voneinander zu wissen, die Kinder werden ins Heim gesteckt (Süddeutsche Zeitung, 10. 12. 94).

Bundesabschiebeminister Kanther erklärte, „mit dieser Regierung wird es keine allgemeinen Abschiebestops geben, die das Asylrecht unterlaufen“. Wegen der allzu offensichtlichen Unterdrückung in Türkisch-Kurdistan wurde zwar der Abschiebestop für Kurden verlängert, doch Kanther machte klar, daß dies nur als vorübergehender Gnadenakt zu betrachten sei. Daß diese Regierung dem türkischen Staat die Waffen liefert, mit denen in Kurdistan ganze Dörfer zerstört werden, verschweigt Herr Kanther. Daß die se Regierung erst „das Asylrecht“ zu dem gemacht hat, was es ist, verschweigt Herr Kanther ebenfalls.

Es brennt auf der Welt. In 110 von 186 UNO-Staaten werden Menschenrechte mißachtet, wird geküßelt und gemordet, herrscht Krieg. Die Bundesregierung unterhält trotzdem intensive Handelsbeziehungen mit vielen dieser Staaten. Helmut Kohl ist Duz-Freund und alter Saunkumpel von Boris Jelzin – was wird Kanther uns wohl erzählen, wenn demnächst die ersten der 400 000 Flüchtlinge aus Tschetschenien (Stand Ende Januar) um Asyl nachfragen?

## Teile und herrsche

Es ist kein Zufall, daß in deutschen Abschiebegefängnissen „Abzuschleibende“ bis zu 18 Monaten sitzen, ohne eine Straftat oder auch nur Ordnungswidrigkeit begangen zu haben, jeden Tag die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. „Otto Normalbürger“ soll sich daran gewöhnen, daß es in deutschen Gefängnissen und Polizeirevieren hart zugeht.

Geschäftsführer deutscher Un-

ternehmen verdienen im Monat durchschnittlich 27 000 DM, Spitzenpolitiker leisten sich Diätenhöhlungen, Villen und Luxuskarossen. Wer glaubt, irgendwelche Finanzprobleme durch Abschiebung lösen zu können, müßte zuerst bei diesen Herrschaften anfragen – vielleicht findet sich ja eine billige Rakete, um sie zum Mond zu schießen.

Wer einen Kuchen essen will, muß ihn vorher in Stücke schneiden. Wer in einem Land mit 80 Millionen Menschen seine Profite auf Kosten der arbeitenden Menschen sichern will, muß diese erst einmal in einzelne soziale Gruppen und Grüppchen zersplittern, die zusammenhanglos nebeneinander leben und sich nicht mehr darum kümmern, was mit den anderen passiert. Wenn das einmal geschieht, ist, dann haben Regierung und Unternehmer freie Hand.

Wenn wir dem nicht Einhalt gebieten, werden es bald ArbeiterInnen sein, die es bald Arbeitslosen Ärgern mit der Polizei kriecken und dann geprügelt oder mit der „Beruhigungsspritze“ behandelt werden. Die Regierung nimmt den Armen und gibt den Reichen wie ein vertickt gewordener Robin Hood. Sie tut so, als diene dies alles zur Durchsetzung eines in den Wolken festgeschriebenen Rechts und zur Beglückung des Volkes mit Aufschwung, Reichtum und „blühenden Landschaften“ irgendwann im Jahr 3500.

## Training für den Ernstfall

Was heute an den Schwächsten, an den Flüchtlingen, ausprobiert wird, ist die allgemängängige Praxis von morgen. Wenn heute niemand da ist, um diese Menschen zu verteidigen, wer soll dann morgen uns verteidigen? Solidarität fällt nicht vom Himmel, man erreicht sie, indem man gemeinsam kämpft.

Die Leute, die uns ans Leder wollen, kommen nicht als Flüchtlinge aus Kurdistan, Iran oder Zaire. Sie sitzen in den Chefetagen der Großkonzerne, den Vorständen der Parteien, in der Regierung. Die Debatte um Asyl, Flüchtlinge, „kriminelle Ausländer“ dient nur dem Zweck, uns davon abzulenken. Daher meinen wir: Der Kampf gegen Abschiebungen und für Bleiberecht von Flüchtlingen ist auch ein Kampf für unsere eigenen demokratischen Rechte.

## Der Krieg in Tschetschenien

Zuerst hat Verteidigungsminister Gratschow verkündet: Grosny würde in 2 Stunden fallen. Inzwischen ist klar: Die eingesetzten Truppen hatten schlechtes Gerät und wußten nicht, warum sie überhaupt kämpfen sollten. Gegner sind nicht in den Banden, sondern das Volk. Als der Widerstand spürbar wurde, begann die Terrorisierung der Bevölkerung: die Luftwaffe ließ kaum ein Stein auf dem anderen, Tausende Zivilisten starben. Die russischen Soldaten, meist jünger als 20 Jahre, hatten keine wintergerechte Kleidung und nicht genug Verpflegung. Erleichterte Gefangengene erzählten, sie hätten seit ihren vier Einsatztagen nun zum erstmaligen wieder richtig gegessen! Die Krankenhäuser um Moskau sind voll von Rekruten mit schwerer Lungenerkrankung und Gelbsucht. Manche Wehrpflichtige waren noch nicht einmal an der Waffe

ausgebildet, als sie in den Kampf geschickt wurden. Russische Verluste werden geheim gehalten, die Memorial-Gesellschaft schätzt die russischen Verluste bis Mitte Januar auf 12 000. Allein der erste Sturmangriff auf die Innenstadt von Grosny mit dem Verlust von bis zu 200 gepanzerten Fahrzeugen – kriegstechnisch stümperhaft ohne Infanteriebegleitung – konnte bis zu 1000 Opfergefordert haben. Bis zum 6. 1. wurde der Verlust von insgesamt 330 Panzern offiziell bestätigt.

Auf Dauer ist die russische Streitmacht überlegen, doch aus den kaukasischen Bergen heraus kann der tschetschenische Widerstand einen Guerillakrieg führen, der das Land zu einem neuen Afghanistan für Rußland machen kann. Neben gesicherten Unterstützungslinien bieten die kaukasische Republiken auch Möglichkeiten zu Rekrutierung weiterer Kämpfer.

Fortsetzung S. 9

# Wohin gehen die Gewerkschaften?

seiten 6 und 7